

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Kommunikation BAKOM

Jahresbericht 2011

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Das Jahr 2011 im Rückblick	5
Radio und Fernsehen	9
Telecomdienste	13
Informationsgesellschaft Schweiz	18
Aufsicht und Funkkonzessionen	21
Frequenzmanagement	28
International Relations	32
Betriebswirtschaft und Organisation	36
Kontakt	44

Editorial



Martin Dumermuth, Direktor

Der Aufbau von leistungsfähigen Fernmeldeinfrastrukturen hat für die Entwicklung unseres Landes grosse Bedeutung. Die Erschliessung mit Hochbreitbandanschlüssen schreitet voran und die Voraussetzungen für neue Anwendungen wie beispielsweise Cloud Computing werden ständig verbessert. Dazu hat auch der unter der Leitung der Eidg. Kommunikationskommission (ComCom) durchgeführte Runde Tisch einen wichtigen Beitrag geleistet. Das BAKOM hat in diesem Rahmen Arbeitsgruppen mit Vertretern der Telekommunikationsbranche ins Leben gerufen, die für wichtige Punkte gemeinsame Grundlagen erarbeitet haben, welche vor allem den Aufbau von Glasfasernetzen und die Vermarktung von entsprechenden Angeboten erleichtern.

Der Runde Tisch hat seine Tätigkeit abgeschlossen, nachdem seine ursprünglich gesteckten Ziele erreicht worden sind. Während der Ausbau der leistungsfähigen Netze vor allem in den Agglomerationen erfolgt, stellt sich zunehmend die Frage, wie das ganze Land mit ausreichenden Infrastrukturen erschlossen werden kann. In diesem Zusammenhang hat das BAKOM im letzten Sommer eine Arbeitsgruppe lanciert, die sich aus versorgungspolitischer Optik mit den Hochbreitbandnetzen befasst. Beteiligt sind Akteure aus der Branche, der Verwaltung, von Verbänden sowie von Kantonen und Gemeinden.

Die Beispiele zeigen, dass sich die Aktivitäten der Verwaltung bei weitem nicht auf eigentliche Vollzugstätigkeit, d.h. auf Rechtsanwendung, beschränken. Es geht immer mehr um anspruchsvolle Prozesse, an denen viele Akteure mit ganz unterschiedlicher Optik teilnehmen und dabei gemeinsam mit der Verwaltung nach Lösungen suchen.

Mitte Jahr hat der Bundesrat einen Bericht zur Lage der Presse in der Schweiz vorgelegt. Das BAKOM hat den Bericht vorbereitet und sich dabei auf wissenschaftliche Studien gestützt. Der Bericht weist auf den Strukturwandel in den Medien hin und zeigt, dass dadurch vor allem die traditionellen Finanzierungsmodelle ins Wanken geraten. Die Medienhäuser sind sich der Veränderungen bewusst und befinden sich gegenwärtig in einem anspruchsvollen Suchprozess, um sich neu zu positionieren. Es geht nicht zuletzt um die Entwicklung tragfähiger Geschäftsmodelle, welche eine qualitativ hochstehende Publizistik finanzieren, auf die eine demokratische Gesellschaft angewiesen ist. Der Bundesrat anerkennt, dass dieser Suchprozess Zeit in Anspruch nimmt, und verzichtet vorerst darauf, konkrete Massnahmen zu ergreifen. Er hat aber eine erneute Lagebeurteilung in Aussicht gestellt. Die entsprechenden Vorarbeiten werden gegenwärtig im BAKOM an die Hand genommen.

Martin Dumermuth, Direktor

Das Jahr 2011 im Rückblick

Chronologie wichtiger BAKOM-, UVEK- und ComCom-Entscheide

14.01.2011

An ihrem siebten Runden Tisch haben die Marktakteure über die Fortschritte bei der Einführung von Glasfasernetzen in der Schweiz diskutiert. Die vor zwei Jahren gestartete Zusammenarbeit tritt nun in eine entscheidende Phase, so zum Beispiel mit dem Test einer gemeinsamen Betriebsplattform, um Bestellungen zwischen Dienst- und Netzanbietern abzuwickeln. Die Teilnehmer haben die Diskussion auf mögliche Szenarien zum flächendeckenden Ausbau von Breitbandnetzen der nächsten Generation (Glasfasernetze, Kabelnetze und Mobilfunknetze wie LTE) ausgeweitet.

18.01.2011

Die Mehrheit der Zuschauer und Zuhörerinnen erteilt den schweizerischen Radio- und Fernsehangeboten gute Noten. Die Ergebnisse einer repräsentativen Publikumsbefragung zeigen, dass die SRG-Radios am besten abschneiden. Deren qualitative Stärke liegt in der Verständlichkeit, Professionalität, Glaubwürdigkeit und Relevanz der Informationsangebote.

31.01.2011

Die Eidgenössische Kommunikationskommission (ComCom) verlängert die Bewerbungsfrist für die Teilnahme an der Auktion für Mobilfunkfrequenzen. Sie hat zudem entschieden, die interessierten Unternehmen zu einem Hearing einzuladen, um verschiedene Aspekte im Zusammenhang mit der Auktion zu vertiefen.

01.02.2011

Ob aus dem Ausland, der Schweiz oder der eigenen Sprachregion: Die SRG-Radios berichten vielfältig über das politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche, sportliche und kulturelle Geschehen. So lautet ein Hauptergebnis der Analyse von SRG-Radioprogrammen, die das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) regelmässig in Auftrag gibt. Der sprachregionale Austausch findet hingegen nach wie vor selten statt.

01.02.2011

Von den Berner und Tessiner Lokalradios widmen Radio BeO und das französischsprachige Radio Canal 3 der Information am meisten Sendezeit. Dies zeigen die Ergebnisse einer unabhängigen Programmanalyse. Thematisch berichten die Privatradios insgesamt vielfältig, Wirtschaft und Kultur kommen jedoch in bescheidenem Masse vor.

04.02.2011

Die Interessenorganisationen der Medienbranche können bis zum 11. März 2011 zu den vom BAKOM in Auftrag gegebenen Studien zur "Zukunft der Medien in der Schweiz" Stellung nehmen.

09.02.2011

Der russische, öffentlich-rechtliche Radiosender "Voice of Russia" darf sein Programm über den Mittelwellen-Sender Monte Ceneri verbreiten. Das BAKOM hat ihm die Konzession dazu erteilt.

28.02.2011

Die "Checkliste Online-Auftritt KMU" gibt kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) Tipps zur Optimierung ihres Webauftritts. Durch mehr Sicherheit, Vertrauenswürdigkeit und Benutzerfreundlichkeit sollen Internetangebote von Schweizer KMU noch attraktiver werden. Die Checkliste ist eine gemeinsame Publikation des BAKOM, des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) und des Vereins InfoSurance.

01.03.2011

Die SRG erfüllt mit ihren Online-Angeboten die Konzessionsbestimmungen weitgehend. Bei zirka acht Prozent der untersuchten Fälle bleibt die Konzessionskonformität fraglich. Dies zeigen die Ergebnisse einer Studie der Universität Zürich im Auftrag des BAKOM.

04.04.2011

Rechnungen des BAKOM zu bezahlen, ist seit 1. April 2011 einfacher und ökologischer: BAKOM-Kundinnen und -Kunden können neu ihre Rechnung elektronisch erhalten - das Abtippen von Zahlungsdaten entfällt. Voraussetzung für die "E-Rechnung" ist ein Online-Konto bei PostFinance oder einer Bank. Das BAKOM ist das erste Bundesamt, das diese Möglichkeit anbietet. Bis Ende 2012 werden alle Verwaltungsstellen des Bundes elektronische Rechnungen stellen und empfangen können.

30.05.2011

Nancy Wayland Bigler ist von Bundesrätin Doris Leuthard zur Vize-Direktorin und neuen Leiterin der Abteilung Radio und Fernsehen im BAKOM ernannt worden. Sie wird ihre Funktion am 1. Oktober 2011 antreten. Die 44-jährige Juristin war bisher im Bereich der sozialen Sicherheit tätig.

31.05.2011

Die ComCom hält daran fest, alle in den kommenden Jahren frei werdenden Mobilfunkfrequenzen im Rahmen einer einzigen Auktion zu vergeben. Sie hat die entsprechende Ausschreibung bereits im November 2010 eröffnet. Die ComCom hat inzwischen die Prüfung aller seither von verschiedenen interessierten Unternehmen vorgebrachten Änderungswünsche abgeschlossen. Sie wird ihre Ausschreibung in einigen Punkten anpassen und die Frist für die Bewerbung an der Auktion bis Ende September verlängern. Die Auktion wird im ersten Quartal 2012 durchgeführt.

01.06.2011

Seit dem 1. Juni 2011 stehen auf dem virtuellen Schalter "BAKOM-Online" zahlreiche neue Produkte und Dienstleistungen zur Verfügung. Privatpersonen, Firmen und Behörden können Gesuche einreichen, Bestellungen abwickeln, sich für Prüfungen anmelden und Rechnungen elektronisch bezahlen. Mit dem Ausbau des virtuellen Schalters www.ebakom.admin.ch ist das BAKOM dem Ziel, ein umfassendes Online-Angebot anzubieten, ein grosses Stück näher gekommen.

20.06.2011

Zukünftig werden neue Endungen für Internet Domain-Namen möglich sein. Zu den 22 bestehenden generischen Domain-Endungen wie ".com", ".org" ".info" sind thematische (zum Beispiel .hotel, .bank), geografische (.schweiz, .romandie) oder Marken-Endungen denkbar. Diese Neuerung basiert auf einer Entscheidung der ICANN, der globalen Verwaltungsstelle von Internetadressen (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers). Damit will die ICANN den Wettbewerb und die Vielfalt im Domain-Namen-System fördern. Bewerbungen können ab dem 12. Januar 2012 eingereicht werden.

29.06.2011

Die Medien stehen vor schwierigen Herausforderungen. Dies stellt der Bundesrat in einem Bericht zur Beantwortung eines Postulats fest, das Nationalrat Hans-Jürg Fehr eingereicht hat. Der Bundesrat ist sich bewusst, dass die Medien eine bedeutende Rolle für den demokratischen Prozess und die öffentliche Meinungsbildung zu spielen haben. Er ist jedoch der Ansicht, dass es Sache der Branche ist, den laufenden Strukturwandel zu bewältigen und verzichtet vorderhand auf neue staatliche Unterstützungsmassnahmen. Der Bundesrat wird in vier Jahren eine weitere Standortbestimmung vornehmen.

05.07.2011

Der Datenverkehr in Schweizer Telekommunikationsnetzen nimmt zu. Um dem Bedürfnis nach mehr Kapazität zu entsprechen, werden sehr schnelle Datennetze – so genannte "Hochbreitband-Netze" – gebaut und geplant. Das BAKOM hat an seinem Mediengespräch die Situation und Vergleiche mit der EU aufgezeigt. Zudem haben das BAKOM und der Ombudsman für Telekommunikation, Oliver Sidler, den Konsumentenschutz in der Telekommunikation thematisiert. Im Radio- und Fernsehbereich standen zwei Fragen im Zentrum: Wie beurteilt das Publikum die Qualität dieser Medien? Wie sehen die Programme der privaten Radiosender im Raum Zürich aus? Die beauftragten Forscher Prof. Heinz Bonfadelli (Universität Zürich) und Dr. René Grossenbacher (Publicom) haben die entsprechenden Studien vorgestellt.

19.07.2011

Zur Auktion der Mobilfunkfrequenzen sind die angepassten Ausschreibungsunterlagen publiziert worden. Interessierte Unternehmen haben bis am 30. September 2011 Zeit, beim BAKOM eine Bewerbung für die Teilnahme an der Auktion einzureichen. Sie wird im ersten Quartal 2012 durchgeführt. Das BAKOM nimmt die Publikation der Ausschreibungsunterlagen im Auftrag der ComCom vor.

11.08.2011

Das BAKOM hat Abklärungen zu verschiedenen Schweizer Radio- und Fernsehsendungen getroffen, welche von Kandidatinnen und Kandidaten der bevorstehenden eidgenössischen Wahlen moderiert werden. Es kommt zum Schluss, dass keine unerlaubte Finanzierung durch die Politik vorliegt. Für inhaltliche Fragen bezüglich Sachgerechtigkeit und Vielfalt ist auf Beschwerde hin die Unabhängige Beschwerdeinstanz (UBI) zuständig.

01.09.2011

Politische Entscheidungsträger auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene sollen eine bessere Übersicht über die verschiedenen verfügbaren Technologien zur Versorgung der Schweiz mit modernen Telekommunikationsnetzen erhalten. Zu diesem Zweck hat das BAKOM eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Vertreter von Telekommunikationsnetz-Betreibern, Elektrizitätswerken, Verbänden, Kantonen und Bund werden die Verfügbarkeit von Hochbreitbandangeboten, ihre Nachfrage sowie Entscheidungshilfen für Gemeinden und Regionen zusammenstellen und veröffentlichen. Die Arbeitsgruppe hat die entsprechenden Mandate am 31. August verabschiedet.

06.09.2011

An ihrem achten Runden Tisch zu Glasfasernetzen haben sich die Marktakteure darüber ausgetauscht, wie sich der Ausbau von Telekommunikationsnetzen mit sehr hohen Bandbreiten entwickelt und wie sich die Kooperationen beim Glasfaserbau gestalten.

12.10.2011

Auf dem deutschsprachigen Fernsehkanal SF info können künftig auch Sendungen aus der französisch- und der italienischsprachigen Schweiz gesendet werden. Der Bundesrat hat der SRG SSR die Erlaubnis dazu erteilt und die Konzession entsprechend angepasst. Damit soll der Austausch unter den Sprachregionen in der Schweiz weiter gefördert werden.

20.10.2011

Die Schweiz hat der Deklaration der europäischen Minister für eine bessere Nutzung des Funkspektrums zugestimmt. Sie wurde an der Konferenz verabschiedet, die Entwicklungsperspektiven im elektronischen Kommunikationsmarkt der Europäischen Union (EU) aufzeigte und vom 19. bis 20. Oktober 2011 in Warschau stattfand. Auf Einladung des polnisch präsidierten EU-Ministerrates hatte der Bundesrat entschieden, eine Schweizer Delegation an die Gespräche zu entsenden. Die Gespräche drehten sich vor allem um den Ausbau der Netzwerke neuer Generation sowie die Verwaltung der Frequenzen, die für drahtlose Kommunikation genutzt werden (Funkspektrum).

26.10.2011

Die knappen UKW-Frequenzen werden für die analoge Verbreitung von konzessionierten Radioprogrammen verwendet. Aufgrund eines Postulats von Nationalrat Filippo Leutenegger ging der Bundesrat der Frage nach, ob neue Studien weitere Frequenzen für Radiosender aufzeigen sollen. Er spricht sich in einem Bericht dagegen aus, weil er kein Potential in dieser Technologie sieht. Der Bundesrat setzt stattdessen auf die zukunftssträchtige digitale Verbreitung.

03.11.2010

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) vergibt die Konzession für ein Regionalfernsehen in der Ostschweiz an die Tele Ostschweiz AG und ihr Programm TVO. Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Dezember 2009 musste das UVEK abklären, ob eine Konzessionierung von TVO in der Ostschweiz zu einer Gefährdung der Meinungs- und Angebotsvielfalt führt. Dies ist – trotz einer Marktbeherrschung der NZZ-Gruppe im Radiowerbemarkt – nicht der Fall. Das UVEK bestätigt deshalb seinen 2008 gefällten Konzessionsentscheid.

Gegen den jetzt publizierten Entscheid kann das unterlegene Tele Sätis beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde führen.

10.11.2011

Der deutsche Unternehmer Karlheinz Kögel darf die Radio Basel AG übernehmen, wie das UVEK entschieden hat. Kögel hatte Radio Basel bereits zuvor gemeinsam mit Christian Heeb in Besitz, welcher seine Anteile nun an Kögel verkauft hat und sich auch operativ vom Basler Privatradio zurückzieht.

08.12.2011

Tiefere Preise für die Swisscom-Konkurrenz rückwirkend für das ganze Jahr 2011: Die ComCom hat den Entbündelungspreis der Teilnehmer-Anschlussleitung (TAL) um rund sieben Prozent reduziert. Zudem senkt die ComCom die Preise für die Netzzusammenschaltung (Interkonnektion) und die Mietpreise am Hauptverteiler (Kollokation). Ab 2013 wird die ComCom als Berechnungsbasis moderne Technologien wie Glasfasern beziehen und nicht mehr auf Kupfernetze abstellen.

09.12.2011

Der Bundesrat hat die im Rahmen der Grundversorgung gewährleistete Übertragungsrate für das Herunterladen von Daten aus dem Internet erhöht und gleichzeitig die Preisobergrenze für diese Leistung herabgesetzt. Ausserdem hat er den Schutz jugendlicher Nutzerinnen und Nutzer vor telefonischen Mehrwertdiensten mit erotischen oder pornografischen Inhalten verbessert. Diese Änderungen der Verordnung über Fernmeldedienste (FDV) treten am 1. März 2012 in Kraft.

Radio und Fernsehen



Nancy Wayland Bigler, Vizedirektorin und Abteilungsleiterin

Vor dem Hintergrund der Verschmelzung von Rundfunk und Telekommunikation hat sich der Medienwandel im Jahr 2011 weiter beschleunigt. Die Entwicklung verunsichert nicht nur die Marktteilnehmer, sondern auch Regierung und Politik: Werden die Medien die ihnen zugeordnete staatspolitische Funktion auch künftig noch gewährleisten können? Der Bundesrat hat in seinem Postulatsbericht "Pressevielfalt sichern" vom 29. Juni 2011 Mängel aufgezeigt, die problematisch werden könnten. So zum Beispiel die Qualitätssicherung im Online-Bereich, die journalistischen Arbeitsbedingungen oder das Fehlen eines wirtschaftlichen tragfähigen Fundaments für journalistische Online-Angebote. Er setzt aber vorderhand auf die Eigenverantwortung der Branche. Vor dem Hintergrund des veränderten Nutzungsverhaltens des Publikums soll auch die SRG im Internet angemessen präsent sein. Ob und wie weit ihr die kommerzielle Nutzung des Internet offen stehen soll, will er erst entscheiden, wenn private Unternehmen und die SRG einen Konsens über eine gemeinsame Nutzung gefunden haben. Das Interesse der Politik an den Medien zeigt sich auch daran, dass in den beiden letzten Jahren 48 neue Vorstösse aus National- und Ständerat zum Thema Radio und Fernsehen eingereicht worden sind.

Bericht "Pressevielfalt sichern":

[www.bakom.admin.ch > Themen > Radio & Fernsehen > Medienpolitik > Aktuelles und Hintergründe > Postulatsbericht Fehr – Pressevielfalt sichern](http://www.bakom.admin.ch/Themen/Radio_Fernsehen/Medienpolitik/Aktuelles_Hintergruende/Postulatsbericht_Fehr_Pressevielfalt_sichern) oder
www.bakom.admin.ch/themen/radio_tv/00509/01188/03754/index.html?lang=de

Nancy Wayland Bigler, Vizedirektorin und Abteilungsleiterin

Radio- und Fernsehsender

Der Rückzug des Verlags Tamedia AG aus dem Rundfunkbereich löste 2011 eine ganze Welle von Verschiebungen in der privaten Rundfunkszene aus: So gingen im August 2011 das konzessionierte TeleBärn und das meldepflichtige TeleZüri an die aargauische AZ Medien AG von Peter Wanner, welche bereits das konzessionierte Regionalfernsehen Tele M1 besitzt. Die Übertragung einer Konzession für ein Radio- oder Fernsehprogramm erfordert eine Genehmigung durch das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK). Diese wird erteilt, wenn die gesetzlichen Konzessionsvoraussetzungen und die im ursprünglichen Konzessionsgesuch gemachten Zusicherungen weiterhin erfüllt werden.

Das UVEK genehmigte den wirtschaftlichen Übergang von TeleBärn im Herbst 2011. Der Aargauer Verleger gab im Dezember 2011 ebenfalls den Kauf des bislang von Tamedia AG gehaltenen Zürcher Radio 24 bekannt. Bei Jahresschluss war das BAKOM mit der Prüfung der medienrechtlichen Aspekte dieses Geschäfts befasst. Sein Berner Radio Capital FM veräusserte Tamedia AG im Dezember 2011 an die Radio Zürichsee AG. Das Verfahren zur Genehmigung der diesbezüglichen Konzessionsübertragung war Ende 2011 noch im Gange. Ebenso pendent waren andere Genehmigungsverfahren, welche den Verkauf diverser Minderheitsbeteiligungen der Tamedia AG betreffen. So etwa hat der Verlag seine 31%-ige Beteiligung am Bieler Lokalradio Canal 3 an die Hauptaktionärin Radio Bielingue AG veräussert und die 21%-ige Beteiligung am Waadtländer Regionalfernsehen La Télé dessen Generaldirektor Christophe Rasch überlassen.

Zwei weitere konzessionierte Lokalradios wechselten 2011 ihren Besitzer: So zog sich der Gründer des Innerschweizer Lokalradios Radio Sunshine, Markus Ruoss, im Sommer 2011 aus dem operativen Geschäft zurück und überliess seine Mehrheitsbeteiligung zwei Zuger Unternehmern und dem bisherigen Geschäftsführer der Station, Marco Meier. In Basel übernahm seinerseits der Mitbegründer von Radio Basel, Karlheinz Kögel, die Anteile seiner bisherigen Mitaktionäre Christian Heeb, Radio Nostalgie SA und einiger weiterer Kleinaktionäre. Das UVEK genehmigte die wirtschaftlichen Übergänge beider genannter Konzessionen.

Nebst den konzessionierten Programmen gibt es meldepflichtige Radio- und Fernsehsender, bei denen allfällige Eigentumsveränderungen nicht genehmigungspflichtig sind.

Anfang November 2011 traf das UVEK einen lang erwarteten Entscheid, indem es die Konzession für ein Lokalfernsehen in der Ostschweiz zum zweiten Mal an die Tele Ostschweiz AG vergab. Nach erfolgreicher Beschwerde der Mitbewerberin Tele Sântis AG beim Bundesverwaltungsgericht war das UVEK verpflichtet worden, die Folgen der Konzessionerteilung an die Tele Ostschweiz AG auf die Meinungs- und Angebotsvielfalt im Versorgungsgebiet vertieft zu prüfen. Trotz einer Marktbeherrschung des Mutterhauses der Tele Ostschweiz AG, der NZZ-Gruppe, auf dem dortigen lokalen Radiowerbemarkt verneinte das UVEK eine Gefährdung der Meinungs- und Angebotsvielfalt durch die Tele Ostschweiz AG. Diesen Entscheid hat die Tele Sântis AG im Dezember 2011 erneut beim Bundesverwaltungsgericht angefochten.

Finanzaufsicht und Statistik

Im Rahmen der Finanzaufsicht des Bundes gegenüber der SRG hat das BAKOM im Auftrag des UVEK die Jahresrechnung, das Budget und die Finanzplanung der SRG geprüft. Schliesslich hat es sich auch mit der 2009 eingeführten Kosten-/Leistungsrechnung auseinandergesetzt.

Was die Finanzaufsicht über die privaten Veranstalter angeht, führte das BAKOM vier Revisionen vor Ort durch und schloss zwei weitere ab, mit denen es noch im Vorjahr begonnen hatte. Auch wenn bei diesen Prüfungen viele Lücken im Bereich der Verbuchung zwischen nahestehenden Gesellschaften festgestellt wurden, zogen diese Mängel keine Rückerstattungen nach sich.

Weiter haben wir die Rundfunkstatistik für die Jahre 2009 und 2010 aktualisiert.

Recht und Aufsicht

Rechtsetzung

Auf den 1. Januar 2011 trat eine weitere Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV) in Kraft. Damit kann die Billag die Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen einmal pro Jahr statt quartalsweise in Rechnung stellen. Gleichzeitig wurden die Werbemöglichkeiten der SRG gelockert. Dank diesen beiden Massnahmen konnte der Bundesrat auf eine Erhöhung der Empfangsgebühren verzichten.

(Siehe auch "Aufsicht und Inkasso Radio- und Fernsehhempfangsgebühren", S. 27)

Am 13. September 2011 hat das Parlament die Motion der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates angenommen. Der Bundesrat wurde somit beauftragt, eine Vorlage vorzubereiten, welche das heutige Erhebungssystem für die Radio- und Fernsehhempfangsgebühr durch eine geräteunabhängige Abgabe für Haushalte und Betriebe ablöst. Diese Vorlage soll, zusammen mit weiteren punktuellen Änderungen des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG), im Frühjahr 2012 in die Vernehmlassung geschickt werden.

Teilrevision der RTVV per 1. Januar 2011:

www.bakom.admin.ch > Themen > Radio & Fernsehen > Medienpolitik > Aktuelles und Hintergründe > Revision der Radio und Fernsehverordnung RTVV oder www.bakom.admin.ch/themen/radio_tv/00509/01188/03536/index.html?lang=de

Neue Abgabe für Radio und Fernsehen:

www.bakom.admin.ch > Gebührensystem und dessen Anpassungen > Systemwechsel bei der Empfangsgebühr für Radio und Fernsehen oder www.bakom.admin.ch/empfangsgebuehren/03812/03817/index.html?lang=de

Aufsicht

Im Wahljahr 2011 beschäftigten wir uns mit diversen Fällen von möglicher Abstimmungs- und Wahlwerbung, die gemäss Radio- und Fernsehgesetz verboten ist. Konkret ging es um Werbung für bzw. gegen die Atomenergie im Vorfeld von kantonalen Abstimmungen, aber auch um redaktionelle Sendungen, welche von Kandidatinnen und Kandidaten der eidgenössischen Parlamentswahlen moderiert wurden. Aufsichtsverfahren konnten vermieden werden: Bei den Energieabstimmungen akzeptierten die Werbetreibenden

die vorgängigen Rechtsauskünfte des BAKOM und verzichteten auf die Ausstrahlung von heiklen Spots.

Bei redaktionellen Sendungen haben wir keine unerlaubten Finanzflüsse der kandidierenden Moderatorinnen und Moderatoren oder deren Parteien an die Rundfunkveranstalter festgestellt. Solche stehen im Vordergrund des Verbots der politischen Werbung: Wirtschaftlich potente Akteure sollen sich durch das Schalten von teurer Fernsehwerbung keinen Vorteil bei der demokratischen Willensbildung verschaffen können.

Die Aufsichtsverfahren im Bereich Werbung und Sponsoring gingen zurück, insbesondere als Folge der Lockerungen der gesetzlichen Bestimmungen. Auch die Anfragen in diesem Bereich halbierten sich gegenüber dem Vorjahr auf ca. 400. Trotz der Lockerungen waren einige aufsichtsrechtliche Interventionen unumgänglich – so gegen eine Gesundheitssendung, in welcher es unter anderem zu Werbeauftritten von Sponsoren kam.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Rundfunkveranstaltern und Telecomfirmen rund um die Verbreitung von Fernsehprogrammen führten zu mehreren Verfahren, welche teils ans Bundesverwaltungsgericht weitergezogen wurden. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte eine Verfügung des BAKOM zugunsten des Jugendfernsehens "Joiz" aus dem Jahr 2010, die dem TV-Programm den so genannten Must-Carry-Status zusprach. Demnach muss der Kabelnetzbetreiber "Joiz" in seinem Netz analog und digital verbreiten. Dieses Urteil wurde vom betroffenen Kabelnetzbetreiber angefochten und ist beim Bundesgericht hängig. Im Rahmen einer Aufschaltverfügung entschied das BAKOM, dass die Verbreitung des Programms auf Kosten von "Joiz" geht. Diesen Entscheid bestätigte das Bundesverwaltungsgericht ebenfalls.

Medienmitteilung zur politischen Werbung vom 11.08.2011:

www.bakom.admin.ch > Dokumentation > Medieninformationen > Keine Aufsichtsverfahren wegen politischer Werbung in Radio und Fernsehen oder www.bakom.admin.ch/dokumentation/medieninformationen/00471/index.html?lang=de&msg-id=40541

Datenbank mit einigen Entscheiden des BAKOM:

www.bakom.admin.ch > Dienstleistungen > Entscheiddatenbank oder www.bakom.admin.ch/dienstleistungen/entscheiddatenbank/index.html?lang=de#edb-such-ergebnis

Digitalisierung

Um ein Postulat von Nationalrat Filippo Leutenegger zu den Schweizer Frequenzreserven zu erfüllen, legte der Bundesrat Ende Oktober 2011 einen Bericht vor, in welchem er das Entwicklungspotenzial der herkömmlichen analogen UKW-Technologie als gering einstufte und sich stattdessen zur zukunftssträchtigen digitalen Verbreitung bekannte.

Bericht des Bundesrates: UKW-Frequenzreserven in der Schweiz:

[www.bakom.admin.ch > Themen > Radio & Fernsehen > Verbreitung und Technik > UKW > Status Quo bei UKW – Bundesrat setzt auf Digitalisierung oder](http://www.bakom.admin.ch/Themen/Radio_Fernsehen/Verbreitung_und_Technik/UKW/Status_Quo_bei_UKW_Bundesrat_setzt_auf_Digitalisierung_oder)
www.bakom.admin.ch/themen/radio_tv/01214/02302/03865/index.html?lang=de

Im Jahr 2011 entwickelte sich die Marktdurchdringung des digitalen terrestrischen Radios DAB+ (Digital Audio Broadcasting) weiterhin erfreulich: Ende 2011 waren ungefähr 850'000 digitale Empfangsgeräte im Umlauf. Während die SRG schon seit mehr als zehn Jahren in jeder Sprachregion eine eigene digitale Programmplattform betreibt, findet DAB+ auch bei den privaten Radiostationen zunehmend Zuspruch. Nebst den eigentlichen Digitalradios entscheiden sich immer mehr bestehende lokale UKW-Radios für eine sprachregionale DAB+-Verbreitung. Dies hat die Betreiberin der ersten privaten Deutschschweizer Digitalplattform (SwissMediaCast) dazu bewogen, ein Projekt für eine zweite, diesmal regional auftrennbare Digitalradioplattform für die deutsche Schweiz zu lancieren. Das UVEK hat die dafür erforderlichen digitalen Frequenzen bereits freigegeben. Eine Anfang 2012 vom BAKOM durchzuführende Interessensabklärung wird zeigen, ob sich nur ein einziger Bewerber dafür meldet. Dann könnte das BAKOM die diesbezügliche Funkkonzession freihändig erteilen. Gehen mehrere Interessensbekundungen ein, wird es der Eidgenössischen Kommunikationskommission (ComCom) obliegen, den späteren Betreiber dieser Digitalplattform zu konzessionieren. In der Romandie dauerten Ende 2011 die Verhandlungen zwischen zwei potenziellen Betreibern einer digitalen Radioplattform noch an. Aus diesem Grunde konnte die betreffende Funkkonzession noch nicht vergeben werden.

Ende Oktober 2011 hat das UVEK seine künftige Praxis für die Freigabe digitaler Radiofrequenzen festgelegt. Von den sieben verfügbaren sprachregionalen digitalen Bedeckungen will es drei vorerst nicht antasten. Über ihre Verwendung will das UVEK erst später, im Zusammenhang mit einer möglichen Migration des analogen UKW-Radios auf das digitale DAB+-Band, entscheiden. Während eine Bedeckung in jeder Sprachregion bereits von der SRG betrieben wird und eine zweite der sprachregionalen Grundversorgung mit vorwiegend privaten Programmen dienen soll, verzichtet das UVEK bezüglich zweier weiterer Bedeckungen auf Versorgungsvorgaben. Vielmehr sollen diese Frequenzkapazitäten nach Massgabe privater Projekte freigegeben werden.

(Siehe auch "Rundfunk", S. 30)

Telecomdienste



Philipp Metzger, Vizedirektor und Abteilungsleiter

Das Parlament hat Anfang 2011 den vom Bundesrat vorgelegten Bericht zum Fernmeldemarkt aus dem Jahre 2010 diskutiert. Eine Revision des Fernmeldegesetzes (FMG) wurde damals vom Bundesrat als verfrüht erachtet. Das Parlament wünscht nun einen Ergänzungsbericht, dessen Vorbereitung das BAKOM 2011 weit vorangetrieben hat.

Ebenfalls abgeschlossen wurden die Vorbereitungen für die Auktion der Mobilfunkfrequenzen, welche das BAKOM im ersten Quartal 2012 im Auftrag der Eidgenössischen Kommunikationskommission (ComCom) durchführt. Die Bewerbungsfrist lief am 30. September 2011 ab. Überdies hat die ComCom Ende 2011 auf Antrag des BAKOM das Entgelt für die letzte Meile auf CHF 15.50 gesenkt, das heisst jenen Preis, den eine Telecomfirma der Swisscom für den direkten Anschluss zur Kundschaft bezahlen muss (Teilnehmeranschlussleitung oder "letzte Meile").

Andere für das Fernmeldewesen in der Schweiz wichtige Etappen des letzten Jahres waren die neu eingeführte elektronische Internet-Registrierung der Telecomanbieter auf dem virtuellen Schalter BAKOM Online sowie die internationale Liberalisierung der Internet-Domain-Namen. Zudem hat das BAKOM eine breit abgestützte Arbeitsgruppe einberufen, welche sich mit der Frage der Ausbreitung von neuen und sehr leistungsfähigen Netzen – so genannten Hochbreitbandnetzen – befasst.

Schliesslich hat der Bundesrat im Dezember 2011 eine Änderung der Fernmeldeverordnung (FDV) beschlossen, welche zu einer noch besseren Breitband-Grundversorgung führt: Ab 1. März 2012 beträgt einerseits die Mindestgeschwindigkeit 1 Megabit pro Sekunde, andererseits gilt für solche Anschlüsse neu ein Höchstpreis von CHF 55.- statt wie bisher 69.-.

Philipp Metzger, Vizedirektor und Abteilungsleiter

Markt für Telecomdienste

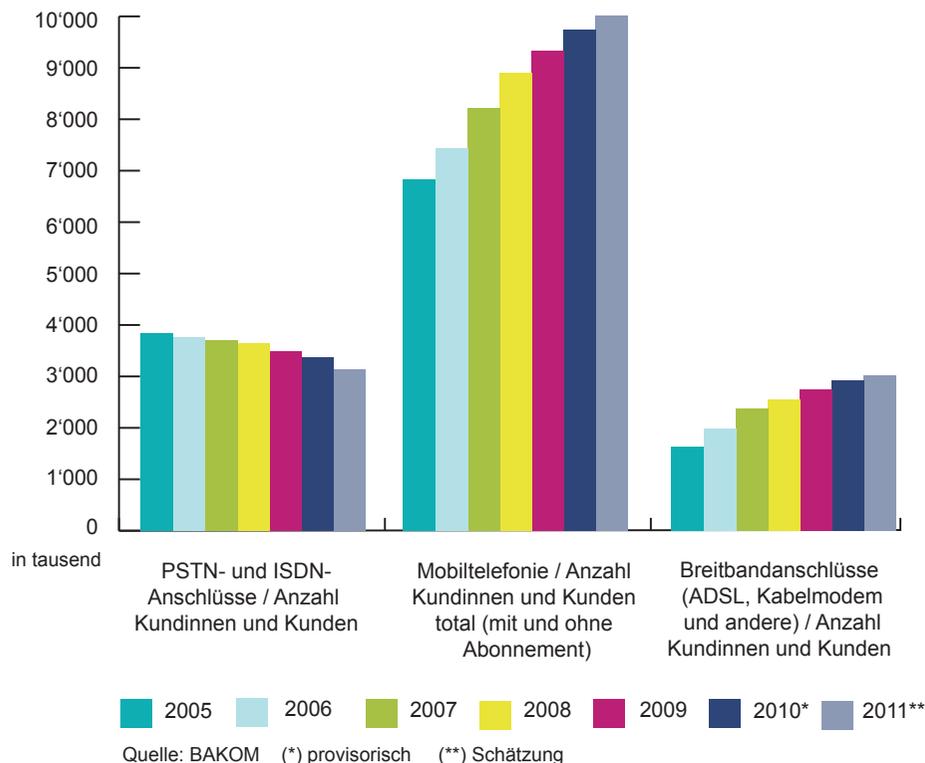
Der Markt für Festnetztelefonie war im Jahr 2011 wiederum rückläufig, wie aus der Zahl abnehmender Festnetzanschlüsse ersichtlich wird. Auch die Preise für Anrufe ins Festnetz nahmen leicht ab.

Die Zahl der Mobilfunkabonnemente stieg leicht und lag per Ende 2011 bei rund 10 Millionen verkauften Abonnemenen. Darin enthalten sind mobile Breitbanddienste, die durch mobile Datengeräte wie zum Beispiel "Smartphones" oder sogenannte "Tablets" vermehrt genutzt werden. Die Preise für Anrufe auf Schweizer Mobilfunknetze haben im Jahr 2011 etwas abgenommen.

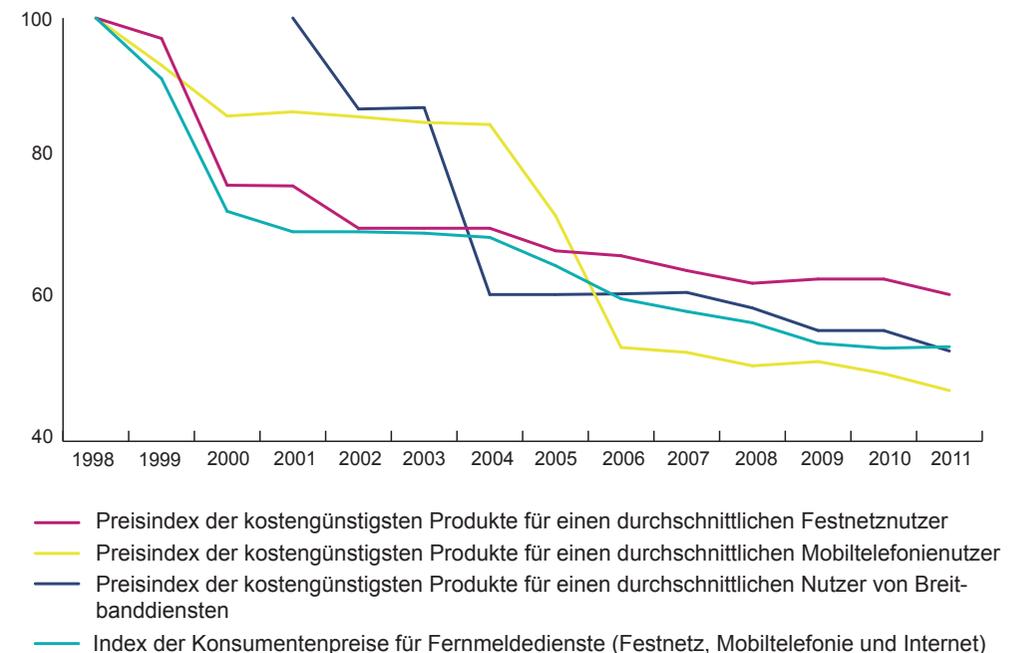
Bei den Breitbandanschlüssen verlief die Entwicklung ebenfalls positiv. Wir schätzen, dass in der Schweiz per Ende 2011 über 3 Millionen Breitbandanschlüsse vorhanden waren. Die Breitbandpreise gingen dabei etwas zurück.

Der Gesamtpreisindex für Telekommunikationsdienste des Bundesamtes für Statistik (BFS) lag per Ende 2011 bei rund 53.4 (Basisjahr = 1998). Damit gingen die Preise für Telekommunikationsdienste seit der Marktöffnung im Jahre 1998 um über 46 Prozent zurück.

Anzahl Kundinnen und Kunden (31.12.2011)



Preisindex für Fernmeldedienste und Index für Konsumentenpreise für Fernmeldedienste (Festnetz, Mobiltelefonie und Internet)



Marktzutritt und Grundversorgung

Marktzutritt

Im Mai hat sich das Verfahren zum schnellen Bitstrom-Zugang erledigt, weil sich der Gesuchsteller zurückgezogen hatte. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht die Marktbeherrschung von Swisscom beim Bitstrom bestätigt hatte, blieb das Verfahren nahezu zwei Jahre lang sistiert, weil die Parteien untereinander Verhandlungen führten und sich geeinigt hatten. Der schnelle Bitstromzugang ist damit die einzige Zugangsform, für die bisher keine Preise verfügt wurden.

Mit dem Bitstrom-Zugang steht den Telecomanbietern die Möglichkeit zur Verfügung, ihrer Kundschaft eine schnelle Datenanbindung ohne eigene Infrastruktur auf der "letzten Meile" anzubieten. Wie beim Bitstrom offeriert die ehemalige Monopolistin Swisscom allen nachfragenden Telecomanbietern die verschiedenen Zugangsformen zu ihrem Netz. Sind die anderen Anbieter mit den Bedingungen nicht einverstanden, können sie bei der ComCom beantragen, darüber zu befinden. Beschwerdeinstanz ist das Bundesverwaltungsgericht.

Im Dezember schloss die ComCom das 2010 eröffnete Verfahren, das den Zugang zu den Kabelkanalisationen der Anbieterin Swisscom sowie die Bedingungen der Verrechnung von Festnetzanschlüssen betrifft. Erstmals galt es zudem, über Preise und Bedingungen für den Zutritt zum Hauptverteiler der Swisscom zu entscheiden (Kollokation). In einem zweiten Entscheid setzte die ComCom zusätzlich die Preise zur Netzzusammenschaltung (Interkonnektion), zum vollständig entbündelten Zugang zum Teilnehmeranschluss und zur Kollokation fest. Dabei wurde unter anderem der Preis für die letzte Meile erneut gesenkt. Der neue Preis beträgt CHF 15.50.

Die ComCom kündigte auch eine Praxisänderung an, die gewichtige Auswirkungen auf die Festsetzung der Zugangspreise zum Swisscom-Netz haben wird. Gemäss Fernmeldeverordnung entsprechen die Kosten der Infrastruktur den Wiederbeschaffungskosten – als würde ein Netz neu aufgebaut. Massgebend sind dabei die Kosten für eine moderne funktionsäquivalente Technologie (Modern Equivalent Assets; MEA-Ansatz).

Die Swisscom hat als Basis für ihre Berechnung die Kupfertechnologie angewendet, was die ComCom bislang akzeptiert hatte. Sie hat aber in früheren Entscheiden darauf hingewiesen, dass in absehbarer Zeit ein Technologiewechsel stattfinden werde, was auch den MEA-Ansatz beeinflusse.

Die ComCom wird dementsprechend künftige Berechnungen nicht mehr auf der Grundlage von Kupfer akzeptieren. Für die Bereiche Netzzusammenschaltung und entbündelter Zugang zum Teilnehmeranschluss ist in Zukunft von einer neuen etablierten Technologie auszugehen, welche auf einem leistungsfähigen paketvermittelnden Verbindungsnetz (Next-Generation-Network; NGN) aufbaut. Die Netzzusammenschaltung wird zudem ausschliesslich auf dem Internet-Protokoll (All IP) aufgebaut sein. Beim Anschlussnetz muss schliesslich veranschlagt werden, dass dieses heute mit Glasfasern gebaut würde. Die ComCom kündigte als Praxisänderung an, dass sie Preise ab 1. Januar 2013 nur dann akzeptieren werde, die auf einer Kostenberechnung beruhen, die diesem Technologiewandel Rechnung tragen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat verschiedene Beschwerden betreffend Zugang zu den Kanalisationen behandelt und festgehalten, dass die Swisscom verpflichtet ist, ein Online-Tool anzubieten, aus dem – soweit bekannt – für die anderen Anbieter auch die genutzten und verfügbaren Netz-Kapazitäten hervorgehen.

Weiterhin hängig waren Beschwerdeverfahren betreffend Zugang zu den Mietleitungen, wie die Beschwerden gegen die im Dezember 2010 getroffenen Zugangs-Verfügungen. Letztere Beschwerdeverfahren sind gar sistiert worden, um die Entscheide in den parallel hängigen Beschwerdeverfahren abzuwarten.

Auch im Berichtsjahr gingen kaum neue Zugangsgesuche bei der ComCom ein. Hängig sind einzig noch die sistierten Verfahren betreffend Mietleitungen. Diese Verfahren zeigen deutlich, dass die langen Beschwerdeverfahren zu einem Stau der festgesetzten Zugangspreise führen. Zunehmend müssen die Verfahren sistiert werden, weil relevante Rechtsfragen bereits in parallelen Fragen vor der Beschwerdeinstanz hängig sind. Dies hat zur Folge, dass über die Zugangsgesuche in mehreren Teilverfügungen entschieden wird, was zu einem deutlich höheren Aufwand führt.

Meldepflichtige Fernmeldediensteanbieter

Seit Mitte 2011 können sich meldepflichtige Anbieter auch elektronisch über den virtuellen Schalter "BAKOM Online" anmelden. Diese Anmeldeform beschränkt sich vorerst auf Neuanmeldungen. Im Jahr 2011 sind 10 von 34 Anmeldungen elektronisch eingegangen.

Der virtuelle Schalter BAKOM Online:

www.ebakom.admin.ch

(Siehe auch "E-Government-Anwendungen im BAKOM", S. 20 und "Betriebswirtschaft und Organisation", S. 36)

Bez.	Dienstkategorie	2010	2011
1.a	Telefondienst über Festnetzanschlüsse	167	181
1.b	Telefondienst nomadisch über Internet	146	125
1.c	Telefondienst über terrestrische Mobilfunknetze	51	60
1.d	Telefondienst über satellitengestützte Mobilfunknetze	9	11
1.e	Telefondienst über Einwahlnummer (two-step dialing)	35	39
2	Verbreitung von Radio-/TV-Programmen	145	149
3	Internetzugang	243	257
4.a	Übertragungskapazität konstanter Bitrate	139	149
4.b	Übertragungskapazität variabler Bitrate	211	216
5.a	SMS/MMS-Dienste	86	96
5.b	Hosting von Einzelnummern und/oder Kurznummern	35	41
5.c	Andere Dienste	118	118

Die Anzahl der Neuanmeldungen nahm leicht zu. Über alle Kategorien liessen sich 34 Anbieter neu registrieren, gelöscht wurden im gleichen Zeitraum 18 Anbieter. Im Berichtsjahr haben wir eine Aufsichtskampagne durchgeführt, um zu sehen, ob die Fernmeldediensteanbieter zugunsten der Endkundinnen und -kunden die Notrufdienste über das Internet Protokoll (VoIP) ausführen. Als Folge dieser Kampagne haben zahlreiche VoIP-Anbieter die entsprechende Dienstkategorie 1b löschen lassen, weil sie ihre Angebote nicht direkt Endkundinnen und -kunden, sondern nur Drittfirmen anbieten.

Grundversorgung

Die Dienste der Grundversorgung blieben unverändert. Im Dezember 2011 hat der Bundesrat die Übertragungsrate für den Zugang zum Internet von 600/100kbit/s auf 1000/100kbit/s per 1. März 2012 erhöht. Gleichzeitig wurde mit der Änderung der Fernmeldeverordnung entschieden, die Preisobergrenze für den Anschluss von 69 auf 55 Franken (ohne Mehrwertsteuer) herabzusetzen. Diese Anpassungen werden sich – wenn überhaupt – erst im nächsten Jahr auf die Kundinnen und Kunden auswirken.

Die Versorgungssituation mit den Breitbandtechnologien VDSL und ADSL hat weiter zugenommen. Grundversorgungsanschlüsse mit alternativen Technologien für die Kundschaft, die nicht über DSL-Leitungen erschlossen werden kann, sind deshalb rückläufig. Die Anzahl der Kundinnen und Kunden, die über einen Satelliten bedient werden, ging von 1'713 (2010) auf 1'653 (2011) zurück.

Weiter reduziert wurde die Anzahl der Telefonzellen (Publifone). Der Abbau von 376 Telefonzellen im 2011 lag im Bereich des Vorjahres (2010: 379).

Publifonstatistik	2008	2009	2010	2011
Grundversorgungs-Publifone: Standorte in Gemeinden	4833	4813	4437	4058
Gemeinden ohne Grundversorgungs-Publifone	260	237	332	517

Der jährliche Bericht über die Qualität der Dienste in der Grundversorgung bestätigt, dass die Konzessionärin Swisscom alle Zielwerte der Vorschrift vollumfänglich erfüllt hat.

Mobilfunkkonzessionen

Im Auftrag der ComCom eröffnete das BAKOM am 26. November 2010 die Ausschreibung für die Vergabe der heute freien und in absehbarer Zukunft frei werdenden Mobilfunkfrequenzen. Ausgeschrieben wurden die Frequenzen in den GSM- und UMTS-Mobilfunkbändern (900 MHz, 1800 MHz, 2100 MHz und 2600 MHz) sowie die Frequenzen der so genannten "digitalen Dividende" im Frequenzband von 790 bis 862 MHz. Als Vergabeverfahren hat die ComCom eine kombinatorische Clock Auktion gewählt.

Aufgrund zahlreicher Fragen der potenziellen Bieter entschied die ComCom im Januar 2011, den ursprünglich vorgesehenen Termin vom 18. März 2011 zur Eingabe der Bewerbungsdossiers zu verschieben. Sie führte in der Folge eine Anhörung der interessierten Kreise durch. Nachdem die ComCom einzelne Punkte der Ausschreibung angepasst hatte, wurde das Vergabeverfahren im Juli 2011 fortgesetzt. Interessierte Firmen mussten ihre Bewerbungsdossiers bis am 30. September 2011 beim BAKOM einreichen. Unternehmen, welche die Ausschreibungsbedingungen und die gesetzlichen Vorgaben einhalten, wurden mittels Verfügung zur Auktion zugelassen. Die Auktion findet im ersten Quartal 2012 statt.

(Siehe auch "Mobilfunk", S. 31)

Nummerierung und Adressierung

Die ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers, globale Verwaltungsstelle für Internetadressen) hat beschlossen, die Schaffung von neuen Internet-Domainnamen der ersten Ebene (gTLD) ab 2012 zu ermöglichen. Zu den bestehenden Endungen wie beispielsweise .com, .org oder .info kommen somit wahrscheinlich thematische, geografische oder markenspezifische Endungen hinzu. Das BAKOM hat die Schweizer Wirtschaft und den öffentlichen Sektor über die Chancen und Risiken dieser Entwicklung informiert.

(Siehe auch "Informationsgesellschaft", S. 34)

Konsumentenschutz und Aufsicht

Die Anzahl der Anfragen und Beschwerden von Konsumentinnen und Konsumenten blieb in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. So wurden 2011 rund 1'500 Anfragen und Beschwerden eingereicht, davon ca. 64 Prozent (963) schriftlich, meist per E-Mail oder über die Fachkontakt-Formulare auf den Internetseiten des BAKOM; dies im Vergleich zu den 957 der schriftlichen Meldungen im Jahr 2010. Die mündlichen Anfragen und Beschwerden wurden 2011 erstmals statistisch erfasst, weshalb noch kein entsprechender Vergleich möglich ist.

Inhaltlich dominierten erneut die beiden Themenbereiche "Unerbetene Werbeanrufe" und unerlaubte Massenwerbung, das "Spamming". Vermehrt erhielten die Betroffenen solche Anrufe und Nachrichten aus dem Ausland. Wie im Vorjahr vereinen diese beiden Bereiche die weitaus grösste und auch ständig grösser werdende Anzahl Anfragen und Beschwerden. Weiter erhielt das BAKOM vor allem zahlreiche Anfragen und Beschwerden zu einem ungewollten Wechsel der Telecomfirma (sogenannte "Preselection") sowie mit zur Rechnungsstellung der Anbieter im Allgemeinen.

Auch im Bereich der Aufsicht über die Mehrwertdienstnummern (090x-er-Nummern) ist die Anzahl der geführten Verfahren gegen die Nummerninhaberinnen und -inhaber einigermaßen konstant geblieben, wenn auch ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist. Im Jahr 2010 mussten 214 Verfahren eröffnet werden, in diesem Jahr waren es noch 204. In den Verfahren wurde zum überwiegenden Teil die Preisbekanntgabevorschriften verletzt.

Informationsgesellschaft Schweiz



Véronique Gigon, stellvertretende Direktorin und Leiterin Koordinationsstelle Informationsgesellschaft

Die Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz bildet den gemeinsamen Rahmen für die Tätigkeiten der Bundesverwaltung im Bereich Informationsgesellschaft. Sie wurde 1998 vom Bundesrat verabschiedet und 2006 zum ersten Mal revidiert. In der Zwischenzeit hat sich die Informationsgesellschaft national wie international massgeblich weiterentwickelt. Es stellen sich neue Herausforderungen auf technischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet, denen eine Strategie des Bundesrates Rechnung zu tragen hat. Der Interdepartementale Ausschuss Informationsgesellschaft (IDA IG), der bundesintern die Umsetzung der Strategie koordiniert, hat daher auf Ende seines dreijährigen Mandats im Dezember 2011 die Strategie und die dazu erfolgten Umsetzungstätigkeiten evaluieren lassen und den Handlungsbedarf des Bundes in den einzelnen Themenfeldern eruiert. In der Folge erstellte der IDA IG unter dem Vorsitz des BAKOM eine aktualisierte Strategie, die im Frühjahr 2012 dem Bundesrat zur Verabschiedung unterbreitet wird.

Véronique Gigon, stellvertretende Direktorin und Leiterin Koordinationsstelle Informationsgesellschaft

Schwerpunkte 2011

Im Zentrum der Arbeiten des IDA IG standen im Jahr 2011 die Evaluations- und Aktualisierungsarbeiten zur Strategie Informationsgesellschaft von 2006. Diese wurde unter Berücksichtigung der Evaluationsergebnisse sowie der Entwicklungen und Trends in der Informationsgesellschaft angepasst, und zwar in enger Zusammenarbeit mit den für die einzelnen Themenfelder zuständigen Bundesstellen. Ziel der neuen bundesrätlichen Strategie ist, die Chancen, die sich aus dem Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) für eine attraktive und wettbewerbsfähige Gestaltung des Wirtschaftsstandortes und Lebensraumes Schweiz ergeben, optimal zu nutzen. Sie definiert die zukünftigen Handlungsschwerpunkte des Bundes und gibt grundlegende Richtlinien für deren Umsetzung vor.

Im Jahr 2011 wurden zudem die letzten Vorhaben zur Strategieumsetzung, die vom Bundesrat Ende 2008 den zuständigen Departementen in Auftrag gegeben worden waren, abgeschlossen oder per Bundesratsbeschluss in eine weitere Arbeitsphase überführt. Die Vorhaben umfassen ein breites Spektrum von Themen, wie E-Partizipation, Sicherheit und Vertrauen im Umgang mit den IKT, digitale Integration (e-Inclusion), IKT und nachhaltige Entwicklung, Erhaltung des kulturellen und gesellschaftlichen Erbes (Memopolitik), Sicherstellung der Rechtsgrundlagen für die Informationsgesellschaft sowie Koordination der Datenerhebung. Detaillierte Auskunft darüber sowie über weitere Aktivitäten der Bundesverwaltung im Bereich der Informationsgesellschaft gibt der Bericht des IDA IG 2009-2011:

www.bakom.admin.ch > Themen > Informationsgesellschaft > Berichterstattung über die Umsetzung der Strategie Informationsgesellschaft oder www.bakom.admin.ch/themen/infosociety/00695/01729/index.html?lang=de

Tätigkeiten der Koordinationsstelle Informationsgesellschaft

Die Koordinationsstelle Informationsgesellschaft (KI) des BAKOM unterstützte 2011 die externe Evaluation der Strategie durch das Beratungsbüro Prognos AG mit der Organisation eines Experten-Workshops. Zudem arbeitete KI an der Vorbereitung der Online-Umfrage mit circa 200 Expertinnen und Experten zu den Trends und dem Handlungsbedarf des Bundes im Bereich Informationsgesellschaft mit. Auf der Basis dieser Arbeiten und des Evaluationsberichtes von Prognos AG unterbreitete KI daraufhin dem IDA IG in mehreren Arbeitsphasen Empfehlungen für die Anpassung der Strategie und der bundesinternen Umsetzungsstrukturen. Zudem erarbeitete sie in Absprache mit den betroffenen Bundesstellen Vorschläge für zukünftige Vorhaben in den Bereichen Internet-Domain-Namen (Internetadressen), statistische Indikatoren zur Informationsgesellschaft und barrierefreie Zugänglichkeit von Daten und Informationen des Bundes.

Neben diesen Tätigkeiten engagierte sich KI in Arbeitsgruppen innerhalb der Bundesverwaltung und mit externen Partnern zu ausgewählten Themen der Informationsgesellschaft, wie zum Beispiel Jugendmedienschutz und Förderung der IKT-Grundkompetenzen. Auf internationaler Ebene verfolgte KI die Entwicklungen der Informationsgesellschaft durch die Teilnahme an nationalen sowie internationalen Konferenzen und Workshops und vertrat die Position der Schweiz in Arbeitsgruppen der OECD und der EU.

(Siehe auch "Informationsgesellschaft", S. 34)

Als Stabsstelle des IDA IG verfasste sie zudem dessen Abschlussbericht zu den Umsetzungstätigkeiten in den Jahren von 2009 bis 2011.

E-Government-Anwendungen im BAKOM

Im Jahr 2011 ist das BAKOM dem Ziel, ein umfassendes Online-Angebot bereitzustellen, ein grosses Stück näher gekommen. Für Kundinnen und Kunden, Firmen und Behörden ist es noch einfacher geworden, Gesuche einzureichen, Bestellungen abzuwickeln und sich für Prüfungen anzumelden.

Der virtuelle Schalter "BAKOM Online" wurde im Dezember 2009 um 15 Produkte erweitert. Nach dem zweiten Ausbauschnitt im Jahr 2011 stehen nun insgesamt 49 Produkte und Dienstleistungen zur Verfügung.

Der virtuelle Schalter BAKOM Online: www.ebakom.admin.ch

Das Angebot beinhaltet zum Beispiel die Registrierung von Radio- und Fernsehprogrammen und Fernmeldedienstleistern. Neben einer ganzen Reihe von Funkkonzessionen können auch Konzessionen für lokal-regionale Radioprogramme beantragt werden. Störungsmeldungen an das BAKOM wie auch Anmeldungen zu Funkerprüfungen können über den virtuellen Schalter abgewickelt werden. Im Bereich der Adressierungselemente werden heute die Telefon-Einzelnummern (0800, 0900) zum grössten Teil online beantragt.

Parallel zum Ausbau des Angebots wurden auch die Funktionen des Portals erweitert. Wer über ein Online-Konto bei PostFinance oder einer Bank verfügt, kann heute auch seine Rechnung elektronisch erhalten. Sehr beliebt ist auch die Möglichkeit, sämtliche Korrespondenz inklusive Verfügungsmitteilungen elektronisch zu erhalten. Diese im Vergleich zum Postweg raschere und kostengünstigere Lösung wird bereits von über 63% der Nutzerinnen und Nutzer gewählt. Sie ermöglicht auch eine bessere Nachverfolgung bei der Bearbeitung der Gesuche, da die Dokumente auf dem Kundenkonto abrufbar bleiben und jederzeit eingesehen werden können. Durch die Verwendung der elektronischen Unterschrift bei dieser Kommunikationsart kann die Authentizität der Dokumente und die Identität des Absenders geprüft werden.

Im Jahr 2012 soll das Angebot nochmals erweitert und abgerundet werden. Dabei soll auch die Identifikationsnummer von Unternehmen (UID) und der elektronische Ausweis "SuisseID" für die bessere Identifikation der Nutzerinnen und Nutzer zum Einsatz kommen.

(Siehe auch "Meldepflichtige Fernmeldedienstleister", S. 16 und "Betriebswirtschaft und Organisation", S. 36)

Aufsicht und Funkkonzessionen



Véronique Gigon, stellvertretende
Direktorin und Abteilungsleiterin

Im Jahr 2011 informierte das BAKOM die Marktakteure ausführlich über die Konsequenzen der digitalen Dividende für die drahtlosen Mikrofone. Unter anderem musste das Amt den Herstellern die ab 1. Januar 2013 verfügbaren Frequenzbänder angeben und die Nutzerinnen und Nutzer über die Zukunft ihrer Anlagen informieren.

Drahtlose Mikrofone:

www.bakom.admin.ch > Dokumentation > Newsletter > BAKOM Infomailing > BAKOM Infomailing Nr. 27 > Welche Zukunft für mein drahtloses Mikrofon? oder
www.bakom.admin.ch/dokumentation/Newsletter/01315/03806/03808/index.html?lang=de

Im Bereich der Radio- und Fernsehempfangsgebühren stellen wir eine positive Entwicklung fest. Zum einen steigen die Einnahmen jedes Jahr konstant, was zeigt, dass viele Haushalte und Betriebe angemeldet sind und über die Gebührenpflicht Bescheid wissen. Zum anderen zeigt die kontinuierliche und konsequente Aufsicht über die Inkassostelle Auswirkungen – unsere Empfehlungen werden umgesetzt.

Véronique Gigon, stellvertretende Direktorin und Abteilungsleiterin

Elektromagnetische Verträglichkeit elektrischer Geräte und Anlagen

Anpassung der Gesetzgebung

Im Jahr 2011 hat das BAKOM die Revisionsarbeiten am europäischen Rechtsrahmen zur elektromagnetischen Verträglichkeit verfolgt. Der Vorschlag der Europäischen Kommission wurde Ende 2011 veröffentlicht. Er sollte bis Ende 2012 verabschiedet werden und 2013 in Kraft treten. Wie abzusehen war, hat die Europäische Kommission diese Richtlinie auf den neuen Rechtsrahmen zur Produktvermarktung abgestimmt. Die wichtigsten Änderungen bestehen in einer klareren Definition der Verantwortlichkeiten der Marktakteure (Hersteller, Importeur, Verkäufer...) sowie in einer Verstärkung der Marktaufsicht.

Link zum neuen Rechtsrahmen der EU:

www.ec.europa.eu/enterprise/policies/single-market-goods/regulatory-policies-common-rules-for-products/new-legislative-framework/index_en.htm
(nur auf Englisch verfügbar)

Fernmeldeanlagen

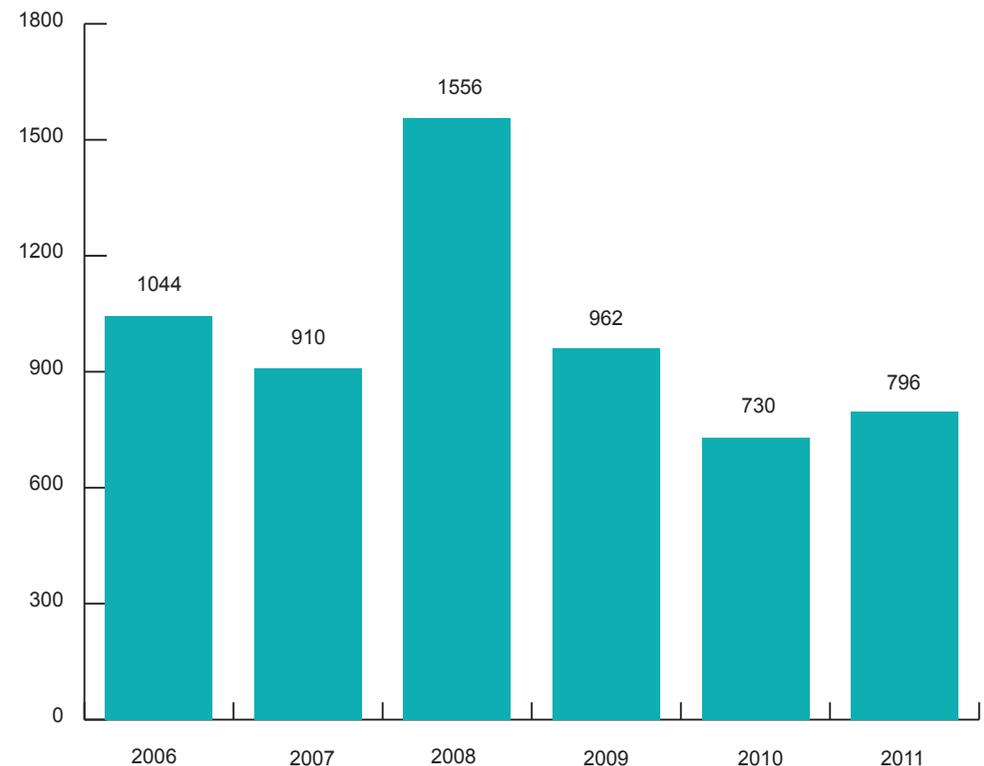
Anpassung der Gesetzgebung

Die 2010 auf dem Markt durchgeführten Kontrollen haben gezeigt, dass die Marktakteure den Rechtsrahmen zu wenig kennen. Folglich hat das BAKOM 2011 die Gesetzgebung zu den Fernmeldeanlagen angepasst, um zu präzisieren, welche Bestimmungen für die Produkte auf dem Markt gelten, wenn die sie betreffenden technischen Normen geändert werden. Die Europäische Kommission hat die 2010 begonnenen Revisionsarbeiten am europäischen Rechtsrahmen zu den Fernmeldeanlagen weitergeführt. Ein Vorschlag soll Anfang 2012 veröffentlicht werden. Die revidierte Gesetzgebung zu den Fernmeldeanlagen wird frühestens 2013-2014 in Kraft treten. Aufgrund der Bilateralen Abkommen wird die Schweiz sie in ihre eigene Gesetzgebung übernehmen.

Notifikationen

Im Jahr 2011 hat das BAKOM 796 Notifikationen von Funkanlagen bearbeitet, was eine leichte Zunahme (ca. 9%) im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Festgestellt wurde auch ein Anstieg von 10% bis 15% bei den Notifikationen von Anlagen, die in der Schweiz nur beschränkt verwendet werden dürfen, weil sie Frequenzen nutzen, die ihnen nicht zugeteilt sind. Diese Zunahme hat möglicherweise mit der Benutzerfreundlichkeit des gemeinsamen europäischen Notifikationsportals (One Stop Notification) zu tun: Die Hersteller melden ihr Produkt allen Behörden, auch wenn sie es nicht in allen Ländern in Verkehr bringen.

Anzahl Notifikationen von Funkanlagen



Marktbeobachtung

Im Jahr 2011 haben wir 54 dem BAKOM unbekannte Unternehmen, die Fernmeldeanlagen anbieten und in Verkehr bringen sowie zwei Fachausstellungen besucht. So konnten wir gezielte Informationen abgeben und die Datenbank der Importeure vervollständigen, die heute nicht weniger als 1010 Unternehmen umfasst. Ziel der Besuche ist, dass die Unternehmen die gesetzlichen Bestimmungen genau kennen und ausschliesslich konforme Geräte auf den Markt bringen.

Funkkonzessionen

Im Jahr 2011 hat die Anzahl der Konzessionen, die für die Nutzung des nationalen Sicherheitsnetzes POLYCOM erforderlich sind, weiterhin – parallel zur kontinuierlichen Realisierung der kantonalen Teilnetze – zugenommen. Organisationen für Rettung und Sicherheit wie Polizei, Feuerwehr, Sanität wechseln zunehmend vom analogen auf den digitalen Funkverkehr.

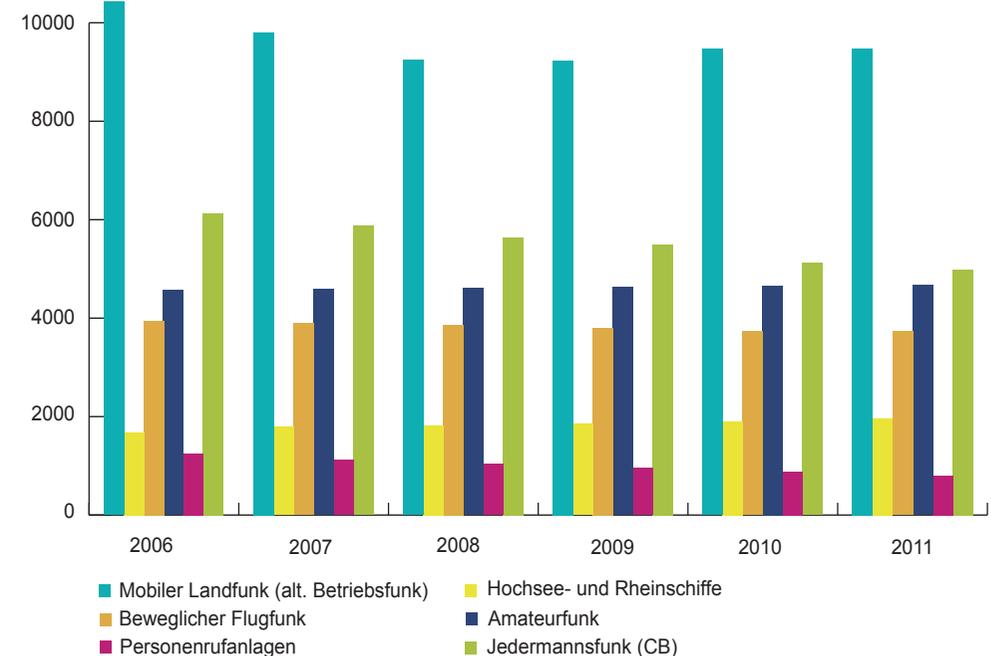
Zudem ist ein Trend festzustellen, dass sich Ortsfeuerwehren vermehrt zu Regional-Feuerwehren zusammenschliessen. Mit diesen Fusionen zu grösseren Verbänden sollen Synergien genutzt werden. Solche oder ähnliche Anpassungen von Organisationsstrukturen tragen wesentlich dazu bei, dass die Anzahl Konzessionen für die Nutzung von Frequenzen, die in einem bestimmten Einsatzgebiet einer beschränkten Zahl von Konzessionären zugeteilt werden, nach wie vor leicht abnimmt.

Weiterhin zugenommen hingegen hat die Anzahl Konzessionen für die Nutzung von Frequenzen, die in einem bestimmten Einsatzgebiet einer unbeschränkten Zahl von Konzessionären zugeteilt werden. Daher können im "mobilen Landfunk" erneut leicht steigende Bestandeszahlen zur Kenntnis genommen werden.

Ein weiteres Mal ist die Anzahl Amateurfunk- sowie Hochsee- und Rheinschiffkonzessionen angestiegen. Im Bereich "beweglicher Flugfunk" wurde der in den vergangenen Jahren bemerkbare Negativtrend nicht mehr fortgesetzt.

Weiterhin rückläufige Bestandeszahlen verzeichnen jedoch die beiden Bereiche "Jedermannsfunk" und "Personenrufanlagen".

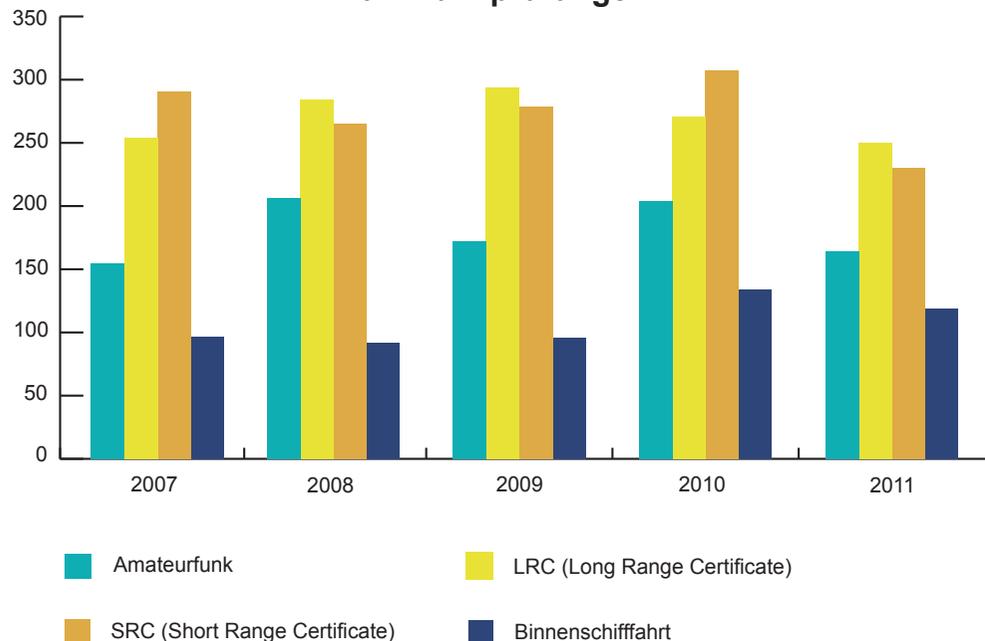
Anzahl Funkkonzessionen



Funkerprüfungen

Nach dem letztjährigen Rekordjahr ist 2011 erstmals seit Jahren die Anzahl der Kandidatinnen und Kandidaten deutlich zurückgegangen. Der Rückgang von rund 17 Prozent verteilt sich auf alle vier Prüfungsarten. Insgesamt haben 763 Kandidatinnen und Kandidaten eine nach internationalen Vorgaben erforderliche Funkerprüfung absolviert.

Anzahl Funkprüfungen



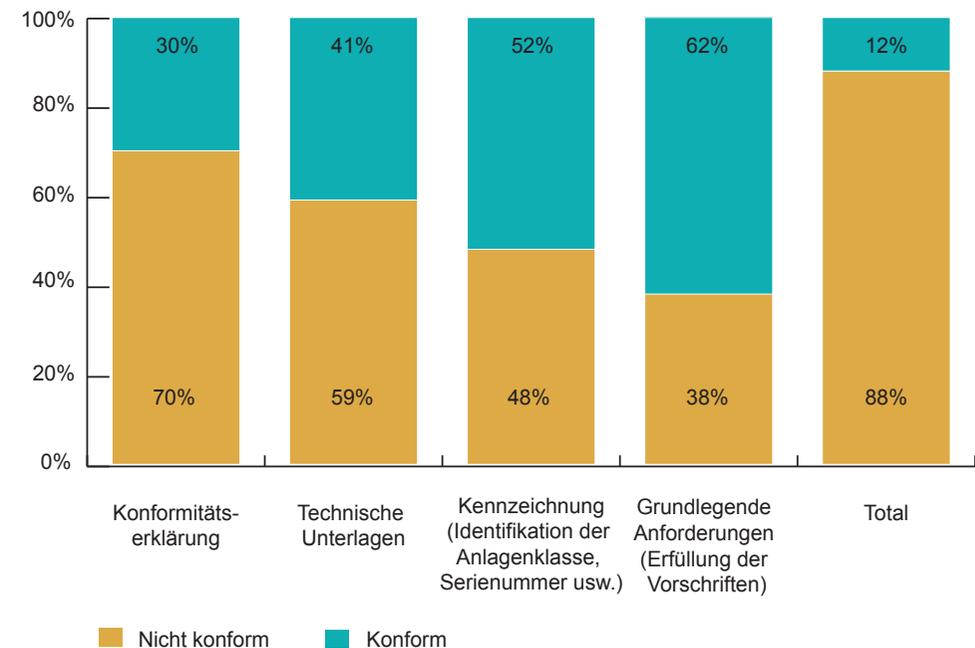
Geräte- und Anlagenkontrolle und Präventionsmassnahmen

Marktaufsicht

Gemäss dem vom Bundesrat erteilten Leistungsauftrag muss die Aufsichtstätigkeit jedes Jahr eine ausreichende Zahl von Kontroll- und Präventionsmassnahmen umfassen. 2011 wurden 168 Fernmeldeanlagen kontrolliert. Im Bereich der elektromagnetischen Verträglichkeit waren es etwa 20 Geräte (die Kontrollen in diesem Bereich sind nach der Übertragung der entsprechenden Kompetenz per 1. Januar 2010 noch im Steigen begriffen).

Die Konformitätsrate der 2011 kontrollierten Anlagen hat sich verbessert: Sie stieg von 7% im Jahr 2010 auf 12% im Jahr 2011. Das bedeutet, dass 20 der 168 kontrollierten Fernmeldeanlagen den geltenden Anforderungen entsprachen. Die Einhaltung der grundlegenden Anforderungen stieg von 46% im Jahr 2010 auf 62% im Jahr 2011. Wie in der Vergangenheit bleibt das grösste Problem die Konformitätserklärung, die in lediglich 30% der Fälle korrekt ist.

Häufigste Gründe für die Nicht-Konformität der kontrollierten Anlagen



Im Bereich der elektromagnetischen Verträglichkeit konzentrierte sich die Marktaufsichtstätigkeit des BAKOM auf LED-Sparlampen und Multimedia-Geräte wie DVD-Leser. So beteiligte sich das BAKOM an der gesamteuropäischen Marktaufsichtskampagne im Bereich der LED-Lampen, die eine unbefriedigende Konformitätsrate ans Licht brachte: Nur gerade 17% der 168 kontrollierten Produkte entsprachen den geltenden Anforderungen (10% der in der Schweiz kontrollierten Produkte). Die meisten Nicht-Konformitäten waren technischer Natur und könnten zu Störungen der Funkdienste führen.

Mit dieser Kampagne konnten auch die Probleme bei den technischen Normen, die revidiert werden müssen, ermittelt werden.

(Siehe auch "EMV (ElektroMagnetische Verträglichkeit)", S. 29)

EU-Bericht:

www.ec.europa.eu/enterprise/sectors/electrical/files/emc/ms-campaign-fourth_en.pdf
(nur auf Englisch verfügbar)

Die Kontrolle der Multimedia-Geräte ergab ein Problem bei der Qualität der Anschlusskabel. Diese kann sich aufgrund der digitalisierten Signale und der höheren Übertragungsraten nicht unerheblich auf die Nebenausstrahlungen eines Gerätes auswirken. Die Frage wird 2012 diskutiert, wobei insbesondere die Möglichkeit einer gesamteuropäischen Reglementierung der Anschlusstechnik erörtert wird.

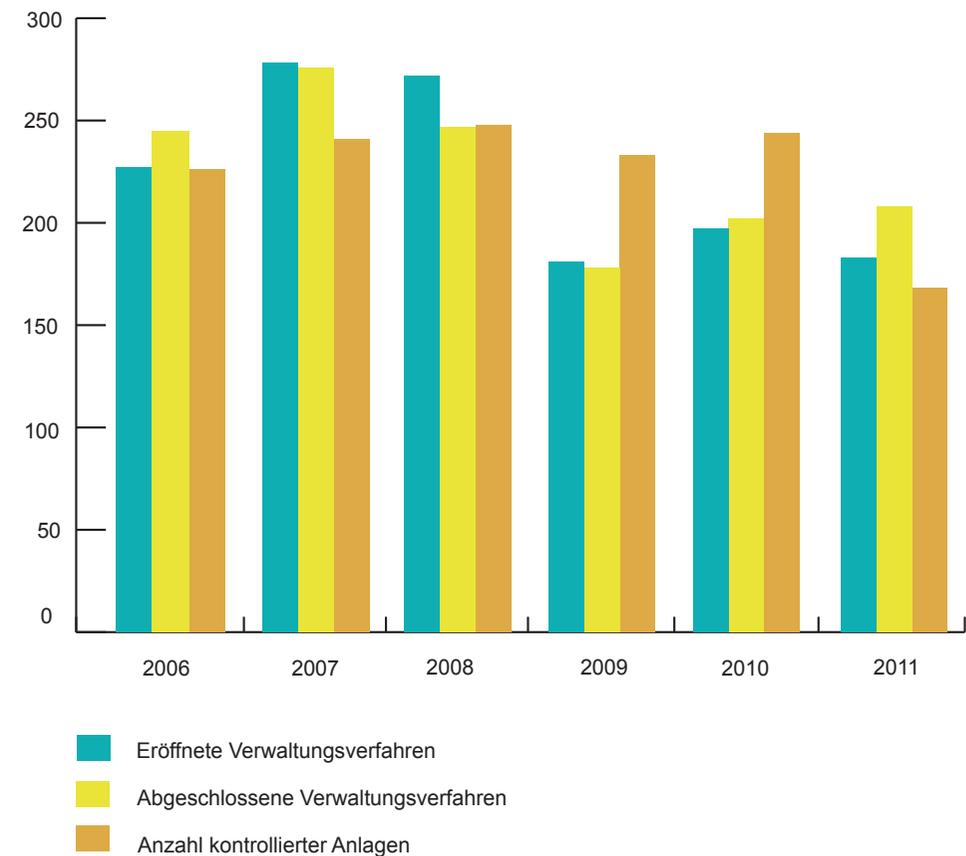
Dank einer guten Zusammenarbeit mit den Zöllen auch im Jahr 2011 konnte das BAKOM etwa hundert Mobiltelefon-Störsender beschlagnahmen, die von Privatpersonen direkt aus asiatischen Ländern importiert worden waren. Diese Praxis nimmt zu, obwohl die Vermarktung und der Betrieb dieser Geräte in der Schweiz strikt untersagt sind.

(Siehe auch "Radio Monitoring", S. 31)

Informationen zu Störsendern:

[www.bakom.admin.ch > Themen > Geräte & Anlagen > Besondere Geräte > Störsender \(Jammer\)](http://www.bakom.admin.ch/Themen/Geräte_&_Anlagen/Besondere_Geräte/Störsender_(Jammer)) oder
www.bakom.admin.ch/themen/geraete/00568/01228/index.html?lang=de

Verwaltungsverfahren im Bereich Anlagen



Von den 183 eröffneten Verfahren betrafen 25 die Marktaufsicht auf dem Gebiet der elektromagnetischen Verträglichkeit (EMV) und 158 den Bereich der Fernmeldeanlagen. Von den 208 abgeschlossenen Verfahren tangierten 24 die EMV und 184 die Fernmeldeanlagen.

Präventionsmassnahmen

Im Jahr 2011 bemühte sich das BAKOM insbesondere um die Information der Marktakteure über die Konsequenzen der digitalen Dividende für die drahtlosen Mikrofone. Mobiltelefoniediensten wurden nämlich neue Frequenzen zugeteilt, die vorher für Funkdienste wie drahtlose Mikrofone bestimmt waren. Für die drahtlosen Mikrofone sind daher Anpassungen erforderlich. Die Veröffentlichung der Ergebnisse der auf europäischer Ebene durchgeführten Kompatibilitätsstudien ermöglichte dem BAKOM, den ab 1. Januar 2013 gültigen Rechtsrahmen für drahtlose Mikrofone vorzulegen. Neue Frequenzen wurden bereitgestellt, um jene auszugleichen, die nicht mehr genutzt werden dürfen.

BAKOM Infomailing zu drahtlosen Mikrofone:

www.bakom.admin.ch > Dokumentation > Newsletter > BAKOM Infomailing > BAKOM Infomailing Nr. 27 > Welche Zukunft für mein drahtloses Mikrofon? oder www.bakom.admin.ch/dokumentation/Newsletter/01315/03806/03808/index.html?lang=de

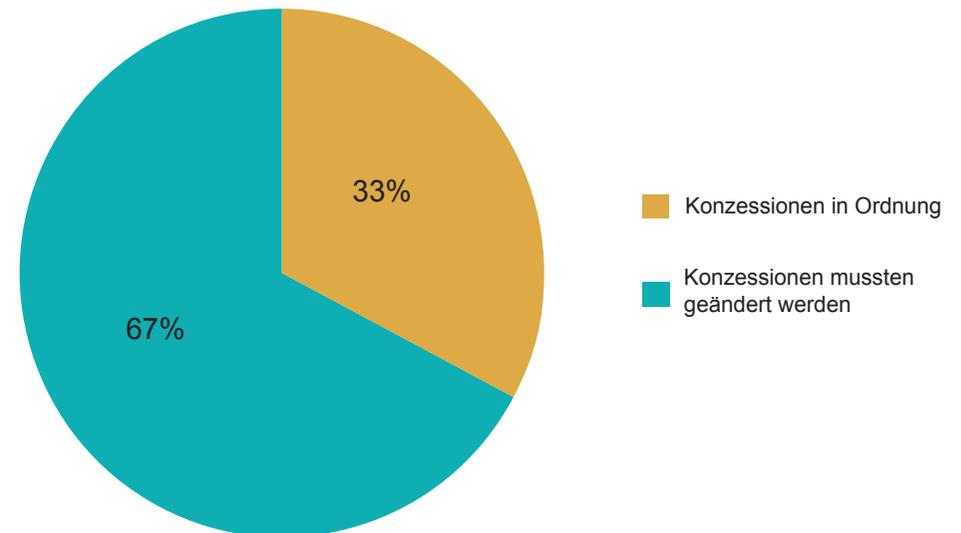
Wie im Vorjahr führte das BAKOM auch 2011 Informationsveranstaltungen zum Rechtsrahmen zur elektromagnetischen Verträglichkeit durch. Neben dem BAKOM erhielten auch andere Akteure des Bereichs (Lieferanten von Messgeräten, Labors, Berater usw.) die Gelegenheit, die Öffentlichkeit über die neusten technischen Entwicklungen zu informieren.

Aufsicht Frequenznutzung und Präventionsmassnahmen

Konzessionskontrollen

Der vom Bundesrat erteilte Leistungsauftrag sieht vor, dass die Aufsicht im Bereich "Konzessionskontrollen" jedes Jahr mit ausreichenden und gezielten Kontroll- und Präventionsmassnahmen sichergestellt wird. Im Jahr 2011 haben wir insgesamt 206 (Vorjahr 241) Konzessionen vor Ort überprüft, darunter hauptsächlich Konzessionen, die seit fünf Jahren nicht mehr mutiert worden sind. Der hohe Anteil der Beanstandungen (67 Prozent) ist im Vergleich zum Vorjahr (74 Prozent) geringfügig zurückgegangen. Größere Verstösse, wie zum Beispiel die Verwendung zusätzlicher Funkfrequenzen, die nicht in der Konzession festgelegt sind, wurden im Rahmen von 70 Verfahren (Vorjahr 49) geahndet.

Resultate der kontrollierten Konzessionen



Andere Kontrollen betreffend Frequenznutzung

Im Jahr 2011 haben wir 247 (Vorjahr 275) Kontrollen von Anlagen durchgeführt, die ohne Konzession betrieben wurden oder nicht konform waren. Die entsprechenden 200 Verfahren (Vorjahr 216) erbrachten einen Nettozuwachs von 86 Neukonzessionen (Vorjahr 209).

Präventionsmassnahmen (z.B. Information)

Im Rahmen von Informationsmassnahmen haben wir 50 potenzielle Kundinnen und Kunden insbesondere bezüglich "drahtlose Mikrofone" und "Betriebsfunk" (PMR) schwerpunktmässig informiert und beraten.

Aufsicht und Inkasso Radio- und Fernsehempfangsgebühren

Das Jahr war geprägt durch die Umstellung von einer quartalsweisen Rechnung auf eine jährliche Rechnung durch die Gebührenerhebungsstelle. Das BAKOM beaufsichtigte diesen Systemwechsel. Die Einführung der Jahresrechnung darf als geglückt bezeichnet werden; sie ist in der Bevölkerung akzeptiert. Rund 220'000 Gebührenpflichtige bevorzugen nach wie vor die Quartalsrechnung und bezahlen dafür einen Zuschlag von jährlich acht Franken.

Die Anzahl der Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zu den Radio- und Fernsehempfangsgebühren blieb mit 414 im Vergleich zum Vorjahr konstant hoch.

(Siehe auch "Rechtsetzung", S. 11)

Beschwerden gegen Verfügungen der Billag AG

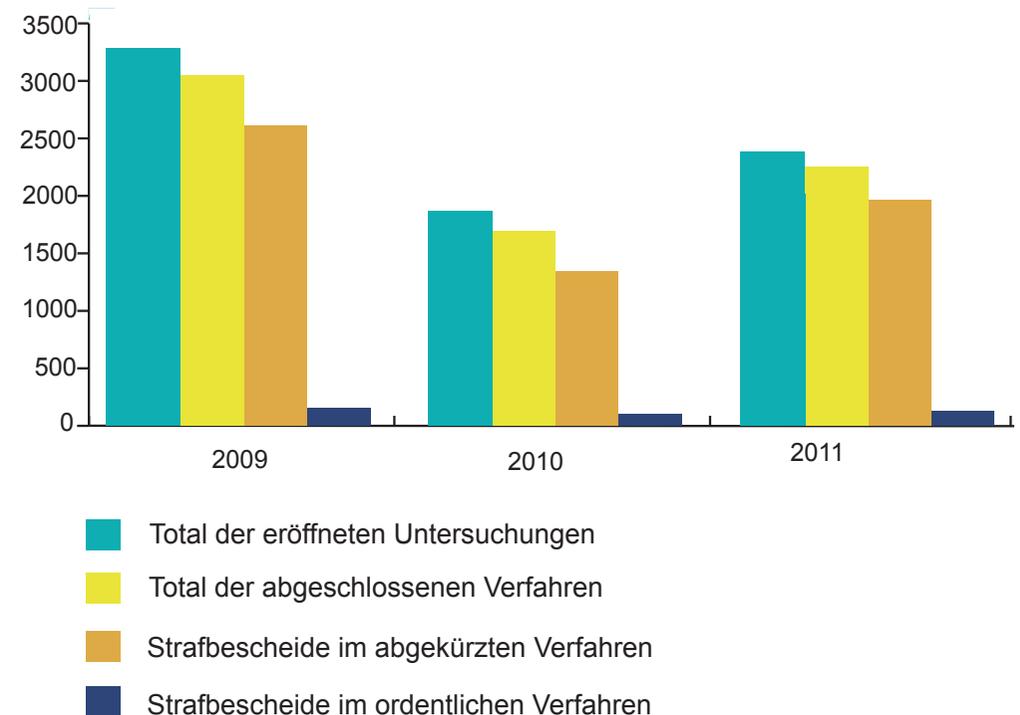
Beschwerden gegen Verfügungen der Billag AG waren in diesem Jahr mit rund 60 Eingängen pro Monat stabil. Per Ende 2011 sind 281 Beschwerden hängig, davon sind 17 Prozent Betreibungsverfahren. Bei den restlichen 83 Prozent der Beschwerden handelt es sich vorwiegend um Rechtsfragen zu Anmeldungen, Abmeldungen oder der Gebührenbefreiung. Wir haben im Jahr 2011 831 Beschwerdeverfahren entschieden, 5 Prozent wurden gutgeheissen.

Ans Bundesverwaltungsgericht weitergezogen wurden 17 Beschwerdeentscheide. In zwei gleichgelagerten Fällen hob das Gericht den Entscheid des BAKOM teilweise auf. Bei den übrigen 15 Verfahren hat die obere Instanz die Entscheide des BAKOM bestätigt. Zwei Entscheide des Bundesverwaltungsgerichtes wurden an das Bundesgericht weitergezogen. Keiner davon wurde gutgeheissen.

Verstöße gegen die Meldepflicht

Wir haben im Berichtsjahr 2'250 Verwaltungsstrafverfahren wegen Verstößen gegen die Meldepflicht abgeschlossen, was einer Erhöhung um 555 Verfahren gegenüber dem Vorjahr entspricht. Von der Billag AG sind uns 293 Anzeigen zugestellt worden, 490 weniger als im Jahr 2010. Nach wie vor kann die überwiegende Mehrheit der Verfahren – nämlich 1'966 – in für Kundinnen und Kunden einfacheren, abgekürzten Verfahren erledigt werden. 123 Strafbescheide mussten im ordentlichen Verfahren erlassen werden, was einer leichten Zunahme gegenüber dem Vorjahr entspricht. In einem Fall wurde die Überweisung an ein Gericht verlangt, welches auf das Begehren um gerichtliche Beurteilung nicht eingetreten ist. Wir führten insgesamt drei Hausdurchsuchungen durch. In einem Fall wurde dagegen Beschwerde erhoben. Das Gericht ist auf die Beschwerde nicht eingetreten.

Verwaltungsverfahren RTVG



Frequenzmanagement



Peter Pauli, Abteilungsleiter

Der Ausbau des terrestrischen digitalen Rundfunks in unseren Nachbarländern und die Nutzungsplanung derselben Frequenzen in der Schweiz standen im Vordergrund unseres internationalen Engagements. Zudem haben wir im Rahmen der Europäischen Konferenz der Verwaltungen für Post und Telekommunikation (CEPT) die Vorschläge Europas für die Weltfunkkonferenz der internationalen Fernmeldeunion (ITU) sowie die diesbezügliche Haltung der Schweiz vorbereitet.

Im gleichen Zeitraum wie die Weltfunkkonferenz findet im ersten Quartal 2012 die Neuvergabe aller Schweizer Mobilfunkfrequenzen durch die Eidgenössische Kommunikationskommission (ComCom) statt. Dafür haben wir die letzten technischen Vorbereitungen getroffen. BAKOM-intern wurden wichtige Weichen für den Generationenwechsel in der Abteilung gestellt.

Peter Pauli, Abteilungsleiter

Frequenzplanung

Auf nationaler Ebene

Gestützt auf die Entscheidungen zur Frequenzharmonisierung auf internationaler Ebene und nach Anhörung der nationalen Spektrumsnutzer verabschiedete der Bundesrat am 19. Oktober den aktualisierten nationalen Frequenzzuweisungsplan (NaFZ).

Nationaler Frequenzzuweisungsplan:

www.bakom.admin.ch > Themen > Frequenzen & Antennen > Nationaler Frequenzzuweisungsplan oder

www.bakom.admin.ch/themen/frequenzen/00652/00653/index.html?lang=de

Auf internationaler Ebene

Die Vorbereitungsarbeiten für die Weltfunkkonferenz 2012 (WRC-12) der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) wurden im vergangenen Jahr intensiviert. So haben wir die schweizerische Position zu den Traktanden dieser WRC festgelegt. Dies erfolgte auf der Grundlage des zweiten Vorbereitungstreffens der ITU vom Februar 2011 in Genf sowie diverser Sitzungen der "Conference Preparatory Group" der CEPT und ihrer Projektteams. Die WRC findet vom 23. Januar bis 17. Februar 2012 in Genf statt.

Im September 2009 beziehungsweise Juli 2010 wurden die beiden schweizerischen wissenschaftlichen Satelliten SwissCube und TISAT-1 ins All befördert und erfolgreich in Betrieb genommen. Die komplexe internationale Notifikation dieser Satelliten erfolgte durch das BAKOM. Die Notifikation ist ein Prozess der ITU, bei dem die anderen Länder über ein Satellitenprojekt informiert werden (Orbitalposition, Frequenzen und technische Merkmale). 2011 konnte die Betriebsdauer beider Satelliten um ein weiteres Jahr verlängert werden.

Elektromagnetische Verträglichkeit

EMV (ElektroMagnetische Verträglichkeit)

Die zahlreichen technischen Kontrollen, welche die Fachstelle "EMV/EMVU" in Bezug auf die EMV-Konformität elektrischer Geräte durchführte, ergaben, dass die meisten getesteten Geräte nicht konform sind. Diese Prüfungen, die im Rahmen der von der Abteilung Aufsicht und Funkkonzessionen (AF) durchgeführten Marktkontrollverfahren erfolgten, betrafen zu einem grossen Teil die Konformität von LED-Lampen und gehörten zu einer europaweiten Messkampagne. Die Fachstelle fuhr fort mit der Anpassung ihrer Messinfrastruktur an die aktuellen Bedürfnisse. Um ihr derzeitiges Defizit in diesem Bereich zu überbrücken, konnte sie die Anlagen des METAS (nationales Metrologieinstitut) nutzen. Früher oder später muss eine Lösung im BAKOM gefunden werden.

(Siehe auch "Marktaufsicht", S. 24)

Seit Juni können Störungen beim Empfang von Radio- und Fernsehprogrammen oder im Funkbereich auf dem Portal BAKOM Online gemeldet werden.

Störungsmeldung:

www.eofcom.admin.ch > Störung oder

www.eofcom.admin.ch/eofcom/public/orderFm_disturbanceRender.do

Die Fachstelle "EMV/EMVU" behandelt die Fälle von elektromagnetischen Störungen. Unter der Leitung eines ihrer Mitglieder haben die Verantwortlichen für Messungen (vor Ort und im Labor), die Verantwortlichen für die Marktaufsicht sowie Juristen an der Verbesserung der Prozesseffizienz, der Fristeinhaltung und der Synergie zwischen den verschiedenen betroffenen BAKOM-Einheiten gearbeitet.

Die intensive Zusammenarbeit zwischen der Fachstelle und einem Kanton ermöglichte eine bessere Definition der Kriterien zur Evaluation des Risikos, dass elektrische Anlagen in als gefährlich eingestuften Unternehmen durch einen Funksender, dessen Installation in der näheren Umgebung geplant ist, gestört werden.

EMVU (ElektroMagnetische Verträglichkeit Umwelt)

Wie in den Vorjahren bot die Fachstelle den Kantons- und Bundesbehörden ihre technische Unterstützung bei der Umsetzung der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) an. Sie wirkte namentlich in der Arbeitsgruppe mit, welche die Empfehlung zur Messung von Mobilfunk-Basisstationen revidiert sowie in jener, die sich mit der Evaluation der Strahlenbelastung von Mobilfunkstationen der 4. Generation (LTE) befasst.

Funktechnologie

Neue in der Schweiz gültige Berechnungsmethoden für Funkausbreitung

Dank der gelieferten Mess- und Modellierungsergebnisse hat das BAKOM viel zur Entwicklung eines Funkausbreitungsmodells beigetragen, welches die Geländeoberfläche zwischen Sender und Empfänger berücksichtigt. Diese Arbeit führte zur Revision einer Empfehlung der Internationalen Fernmeldeunion (ITU-R P.1812), die nun auch in unregelmässigem und gebirgigem Gelände zufriedenstellende Voraussagen ermöglicht.

Kompatibilität S-Band Radars (2700-2900 MHz) – 4G LTE Mobile Technologies (2500-2690 MHz)

Vor dem Hintergrund der nächsten Frequenzauktion für die künftigen Mobilfunksysteme 4G LTE beteiligte sich das BAKOM aktiv an der Erarbeitung eines CEPT-Berichts über die Kompatibilitätsprobleme zwischen Mobilfunkdiensten im Frequenzband 2500-2690 MHz und den Luftfahrts-, Militär- und Wetter-Radarsystemen des S-Bandes (2700-2900 MHz). Auf der Grundlage dieses Berichts wurde eine BAKOM-Arbeitsgruppe zur Analyse der Lage in der Schweiz gebildet. Es wurden ein Inventar der betroffenen Radarsysteme erstellt und technische Massnahmen entwickelt, um allfällige gegenseitige Interferenzprobleme zwischen den Systemen zu vermeiden.

Frequenzzuteilung

Rundfunk

Obwohl vor allem in der Deutschschweiz ein gutes digitales Angebot mit DAB (Digital Audio Broadcasting) besteht, liegt die Priorität in der mobilen Radioversorgung immer noch bei der analogen Ultrakurzwelle (UKW). Der Hauptgrund dafür ist, dass das Angebot an DAB-Autoradioempfängern noch sehr beschränkt ist. Entsprechend dieser Ausgangslage haben wir punktuelle Verbesserungen der analogen Versorgung auf Pendlerachsen und in Tunnels vorgenommen. Die Planungstätigkeiten für UKW sind im internationalen Vergleich hoch. Wir haben eine erste Prüfung vorgenommen, wie wir dieses Engagement künftig entsprechend dem internationalen Durchschnitt erbringen können.

Dass durch italienische Radiosender seit Jahren Störungen der UKW-Frequenzen in der Südschweiz auftreten, ist unbefriedigend. Auf Initiative der Internationalen Fernmeldeunion, dem höchsten Frequenzgremium der Welt, beteiligt sich die Schweiz an einem Massnahmenplan, der zu einer Verbesserung der Situation in der Südschweiz führen soll.

Im digitalen Bereich sind die frequenztechnischen Vorarbeiten für den Aufbau der nächsten DAB-Bedeckungen abgeschlossen.

Durch einen in kürzester Zeit arrangierten Kanalabtausch konnte eine kritische Störsituation in Deutschland zwischen dem digitalen Rundfunk (DAB) und dem Sicherheitsfunk (Polizei, Feuerwehr, etc.) behoben werden. Ein allfälliger Erfolg von DAB in Deutschland liegt aufgrund der Marktgrösse sehr im Interesse der Schweiz.

(Siehe auch "Digitalisierung", S. 12)

Mobilfunk

Wir haben die Nutzungsbedingungen entlang den Landesgrenzen zu Frankreich und Deutschland für alle Frequenzbereiche, die im Frühjahr 2012 versteigert werden, den neusten technischen Erkenntnissen angepasst. Zur Absicherung der Technologieneutralität haben wir zusätzlich die Möglichkeit für Breitbandtechnologien in den GSM-Frequenzbändern geschaffen, um den Weiterbetrieb dieses Systems zu sichern. Die Betreiber in den Grenzregionen können sich untereinander absprechen und damit das Frequenzspektrum effizient und flexibel nutzen.

(Siehe auch "Mobilfunkkonzessionen", S. 17)

Die digitalen Funktechnologien haben nun auch den Betriebsfunk auf breiter Front erreicht:

So haben mehrere Polizeifunknetze auf das nationale Sicherheitsfunknetz "Polycom" migriert. Der Ersatz des analogen Bahnfunks durch GSM-R, der Umbau privater analoger Netze auf DMR (Digital Mobile Radio) – nicht zu verwechseln mit DRM (Digital Radio Mondial) – sowie eine hohe Anzahl Koordinationsanfragen für digitale Nutzungen aus dem Ausland bestätigen den eingangs beschriebenen Trend.

Richtfunk

Die Anpassung der Zuteilungsregeln unter Berücksichtigung der technischen Entwicklung und der Gegebenheiten bildeten einen Schwerpunkt im Richtfunk. Eine neue Streckenlängenpolitik, zum Beispiel im 18-GHz-Band, oder ein revidierter Rasterplan im 80-GHz-Band, sind Resultate dieser Arbeiten.

Erfreulich ist, dass mittlerweile über 98% aller Anträge elektronisch per E-Mail eingereicht werden.

Insgesamt scheinen die Richtfunknetze weitgehend aufgebaut. Der Schwerpunkt liegt nun auf dem Ausbau der Übertragungskapazität, um mit dem rasanten Datenwachstum Schritt halten zu können.

Alternative Technologien zur Energiegewinnung wirken sich auch auf den Richtfunk aus: Zur Beurteilung, ob Windturbinen Richtfunkverbindungen stören können, haben wir einen Kriterienkatalog ausgearbeitet und einen Prüfprozess festgelegt. So können künftig Windkraftprojekte zuverlässig beurteilt werden.

Radio Monitoring

Radio Monitoring

Um den weiteren Ausbau des Mobilfunknetzes durch die Anbieter nicht zu verzögern, mussten wir erneut viele Störfälle im UMTS-Frequenzbereich von 1920 - 1930 MHz abklären. Vermehrt stellten wir fest, dass die für Europa nicht zugelassenen drahtlosen Telefongeräte selber über das Internet bestellt und nicht im Schweizer Handel bezogen werden.

(Siehe auch "Marktaufsicht", S. 24)

Ein Projektteam der CEPT, welches sich mit den Aspekten des Radio Monitorings beschäftigt, hielt auf unsere Einladung seine erste Jahressitzung in Montreux ab. 27 europäische Regulationsbehörden nahmen mit insgesamt 48 Delegierten am Treffen teil. Die wichtigsten Traktanden waren die korrekte und harmonisierte Messung der Frequenzmasken (Block edge masks) und eine Messkampagne zu Gunsten des See-Notrufes im 6 MHz-Frequenzbereich. Zu den Diskussionspunkten zählten auch Abklärungen der Frequenznutzung durch drahtlose Identifikationssysteme (Radio-Frequency-Identification) im Frequenzbereich von 863 - 870 MHz.

Meldestelle für Störungen im Funkverkehr

Wir konnten die Erreichbarkeit unserer Meldestelle bei Frequenzstörungen dank unserer modernen Kommunikationsmittel während 365 Tagen problemlos gewährleisten. Die von der Polizei, den Rettungsdiensten und der Flugsicherung gemeldeten Störfälle konnten wir innerhalb der vereinbarten Zeiten abklären und grösstenteils beheben.

Störungsmeldungen bearbeitet durch das Radio Monitoring

Jahr	2011	2010	2009
Störungsmeldungen	397	436	271

International Relations



Frédéric Riehl, Vizedirektor und
Leiter International Relations

Von den zahlreichen internationalen Dossiers, mit denen sich das BAKOM im Jahr 2011 befasst hat, verdienen einige besondere Aufmerksamkeit. So wurde der Schweiz der Vizevorsitz über den OECD-Ausschuss ICCP übertragen, der sich mit der Informations- und Kommunikationspolitik befasst. Die Studien dieses Organs im Bereich des Fernmeldewesens und der Informationsgesellschaft spielen oft eine Vorreiterrolle und sind Quelle der Inspiration für die Industrieländer. Bei der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) zeigte die Ausgabe 2011 der TELECOM-Messe, dass deren Konzept überarbeitet werden muss, weil es nicht mehr auf dasselbe Interesse stösst wie in der Vergangenheit, als es der ITU und dem Gastgeberland eine gewisse Bekanntheit einbrachte. In Zukunft wird sich dieser Anlass vermehrt auf Treffen auf hohem Niveau einerseits und ein Forum andererseits ausrichten. Im Fernsehbereich ermöglichten die Budgetentscheide der für TV5 zuständigen Minister die Umsetzung des Strategieplans, der die weltweite Ausstrahlung des Senders und die Qualität seiner Sendungen gewährleistet. Und schliesslich betreffen die internationalen Tätigkeiten des BAKOM immer mehr die Internet Governance und die von der ICANN ausgelösten Entwicklungen. Die Gesellschaft ICANN, die für die weltweite Registrierung von Internetadressen zuständig ist, hat das Internet-Domainnamen-System liberalisiert. Dieses Thema wird uns 2012 weiterhin beschäftigen.

Frédéric Riehl, Vizedirektor und Leiter International Relations

Internationale Fernmeldeunion (ITU)

Zwei wichtige Anlässe prägten die Tätigkeit der ITU im Jahr 2011: die Jahressitzung des Rates und die Telecom-Messe.

Der Rat der ITU verabschiedete das Zweijahresbudget für 2012-2013, das sich auf 323,834 Millionen CHF beläuft. Im Auftrag der Bevollmächtigtenkonferenz 2010 (PP-10) ernannte der Rat ausserdem für vier Jahre die fünf unabhängigen Experten des Auditausschusses, der den Rat und das Generalsekretariat der ITU bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortung im Bereich der Governance unterstützen soll. Dabei geht es namentlich darum, die Effizienz der internen Kontrollsysteme und der Governance-Verfahren in der ITU zu gewährleisten.

Die Telecom-Messe "ITU TELECOM WORLD", die ihr 40-jähriges Bestehen feierte, fand in den Palexpo-Hallen in Genf statt. Das BAKOM beteiligte sich zusammen mit einheimischen Unternehmen am Schweizer Pavillon mit dem Ziel, die Sichtbarkeit der Schweiz bei internationalen Akteuren zu erhöhen. Das Amt organisierte auch die Teilnahme von Bundesrätin und UVEK-Vorsteherin Doris Leuthard, welche die Veranstaltung eröffnete.

Europäische Union (EU)

Mit der digitalen Agenda für Europa, die im August 2010 von der Europäischen Kommission verabschiedet wurde, soll das soziale und wirtschaftliche Potenzial der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) möglichst gut genutzt werden. Die Agenda gehört zu den sieben Säulen der Strategie Europa 2020 und umfasst 101 in sieben Bereiche unterteilte Aktionen:

- Umsetzung des digitalen Binnenmarkts
- Verbesserte Interoperabilität und Normung
- Stärkung des Vertrauens und der Online-Sicherheit
- Förderung des schnellen und ultraschnellen Internetzugangs für alle
- Investitionen in Forschung und Innovation
- Verbesserung der digitalen Kompetenzen, Qualifikationen und Integration
- Vorteile einer intelligenten Nutzung der Technologie für die Gesellschaft

Zur Umsetzung des Programms arbeitet die Kommission über eine Gruppe aus hochrangigen Vertretern eng mit den Mitgliedstaaten zusammen. Die Schweiz, vertreten durch das BAKOM, nimmt mit Beobachterstatus an den Sitzungen dieser Gruppe teil.

Im November veröffentlichte die Kommission ihren Vorschlag für "Kreatives Europa", ein Förderprogramm für die Kultur- und Kreativbranche. Der Ministerrat und das europäische Parlament müssen sich noch zu dem Projekt äussern, das über den Zeitraum 2014-2020 geht und aus drei Teilen besteht. Einer davon ist das Unterprogramm MEDIA für den audiovisuellen Sektor, das die audiovisuelle Industrie in Europa stärken soll. Die Schweiz wirkt seit 2006 mit und hätte die Möglichkeit, ihre Mitarbeit im Zeitraum 2014 bis 2020 weiterzuführen, sofern sie ein bilaterales Abkommen mit der EU schliesst. Klärende Gespräche zur Festlegung der Modalitäten, in die das BAKOM involviert ist, sind im Gange.

TV5 Monde

An ihrer Sitzung in Paris begrüsst die für TV5 Monde verantwortlichen Minister die Resultate, die im dritten Jahr der Umsetzung des vierjährigen Strategieplans (2009-2012) von dem internationalen französischsprachigen Sender erzielt wurden. Trotz eines schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes legte die Zuschauerschaft um 3% zu. Ausserdem wurde die auf Initiative der Schweiz von der Charta vorgesehene Finanzkommission beauftragt, die Möglichkeiten der öffentlichen Finanzierung des Senders über den Zeitraum 2013-2016 zu prüfen. Es ist ein neuer Strategieplan unter Berücksichtigung der starken Budgeteinschränkungen der geldgebenden Regierungen zu erarbeiten.

BAKOM-intern befassten sich der Dienst Internationales und die Abteilung Radio und Fernsehen mit der Frage der finanziellen Beteiligung der Schweiz an TV5 in den Jahren 2012 und folgende. Das 2007 zwischen dem Bund und der SRG abgeschlossene Leistungsabkommen zu den journalistischen Diensten im Ausland lief nämlich Ende 2011 aus. Die vorzunehmenden Änderungen werden derzeit zwischen dem UVEK und der SRG eingehend diskutiert. Eine Vereinbarung muss im Laufe des ersten Halbjahres 2012 getroffen werden.

Informationsgesellschaft

Die Industriestaaten und die Länder der G77 – ein Zusammenschluss von Entwicklungsländern – hatten sich im Rahmen der zwei Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS) von Genf 2003 und Tunis 2005 auf einen so genannten Multistakeholder-Ansatz geeinigt. Das heisst, dass sie eine gemeinsame Verantwortung von Regierungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft für die Verwaltung des Internets vorsehen. Dennoch sind sich die Industriestaaten und die Länder der G77 nach wie vor uneinig über die Kompetenzen der Regierungen in diesem Bereich.

Im Regierungsbeirat (GAC) zur kalifornischen Gesellschaft ICANN, die für die Koordination des internationalen Internet-Adressierungssystems und der Domainnamen zuständig ist, hat sich das BAKOM für eine grössere Transparenz von ICANN und für eine Stärkung des GAC eingesetzt. Dies nicht zuletzt im Hinblick auf die von ICANN im Juni 2011 beschlossenen Änderungen bei den Internetendungen (generische Internet Domain Namen, gTLDs): Ab 2012 lässt die ICANN nebst den bestehenden Domainnamen wie .com, .org und .info beliebig weitere generische Namen wie .bank, .hotel, .cocacola, .nestle, .paris oder .bern etc. zu.

(Siehe auch "Nummerierung und Adressierung", S. 17)

Auf Basis eines Schweizer Vermittlungsvorschlages hat die UNO-Generalversammlung im Herbst 2011 beschlossen, im Mai 2012 in Genf Konsultationen zur Rolle der Regierungen bei der Internetverwaltung durchzuführen. Auch bei der Reform des Internet Governance Forums (IGF) der UNO bemühte sich die Schweiz um Vermittlung zwischen den Industriestaaten und den Ländern der G77. Diese Arbeiten werden im Jahr 2012 in Genf weitergeführt.

Weiter hat das BAKOM die Teilnahme der Schweiz am WSIS-Forum vom Mai 2011 in Genf koordiniert.

(Siehe auch "Tätigkeiten der Koordinationsstelle Informationsgesellschaft", S. 19)

Europarat

Das BAKOM koordiniert die Mitwirkung der Schweiz in vier Arbeitsgruppen, die vom Lenkungsausschuss für Medien und neue Kommunikationsdienste (CDMC) des Europarates gebildet wurden. Die wichtigsten Arbeiten dieser Arbeitsgruppen waren folgende:

- Die Sachverständigengruppe für neue Medien (MC-NM), die unter dem Vorsitz der Schweiz steht, hat eine Empfehlung über einen neuen Medienbegriff erarbeitet, die es ermöglichen sollte, die neuen Medien kohärent in die europäische Medienpolitik einzubeziehen. Die Empfehlung wurde vom Ministerkomitee des Europarats verabschiedet. Weiter hat die MC-NM Empfehlungen zum Schutz der Menschenrechte im Bereich der Suchmaschinen sowie im Bereich der sozialen Netzwerke erarbeitet.
- Ausserdem wurden eine Empfehlung zu Schutz und Förderung von Universalität, Integrität und Offenheit des Internets sowie ein Erklärungsentwurf zu den Grundsätzen der Internet Governance ausgearbeitet. Beide Dokumente wurden vom Ministerkomitee verabschiedet.
- Der Ständige Ausschuss für das grenzüberschreitende Fernsehen (T-TT) hat seinerseits den Prozess zur Verabschiedung des Protokolls zur Abänderung des Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen in Erwartung einer präzisen Stellungnahme der Europäischen Kommission zur Revision und zur Zukunft dieses Übereinkommens ausgesetzt.

Satellitenorganisationen

Die 37. Versammlung der Vertragsparteien der Europäischen Fernmeldesatellitenorganisation EUTELSAT IGO, die im Mai 2011 stattfand, bot namentlich Gelegenheit, den 10. Jahrestag der Privatisierung der Organisation und der Übertragung ihrer operativen Tätigkeiten auf die Gesellschaft Eutelsat SA zu begehen. Bei dieser Gelegenheit wurde die Schweiz für eine 6. Amtsperiode in den Beratenden Ausschuss dieses Organs berufen.

Das BAKOM verfolgte auch aktiv die Arbeiten bezüglich der Zukunft der Internationalen Fernmeldesatellitenorganisation ITSO. Im Juli 2012 werden die Vertragsparteien entscheiden müssen, ob sie dem ITSO-Abkommen ein Ende setzen oder es auf bestimmte Zeit verlängern möchten.

Ausserdem wohnte das BAKOM mit Beobachterstatus den Sitzungen des Beratenden Ausschusses der Internationalen Mobilfunksatellitenorganisation IMSO bei. Fragen in Zusammenhang mit der Koordinatorrolle der Organisation im LRIT-Bereich (Long range identification and tracking, System zur Identifizierung und Verfolgung von Schiffen über grosse Entfernungen) wurden eingehend analysiert.

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

An einer Sitzung auf hoher Ebene zur Internetwirtschaft, die im Juni 2011 stattfand, haben sich die OECD-Mitgliedstaaten auf gewisse Grundprinzipien für die Erarbeitung der Internetpolitik geeinigt. Diese Prinzipien sollen gewährleisten, dass das Internet offen und dynamisch bleibt.

Ausserdem wurde ein Vertreter der Schweiz zu einem der sieben Mitglieder des Büros des Ausschusses für Informations-, Computer- und Kommunikationspolitik (Committee for Information, Computer and Communications Policy ICCP) für das Jahr 2012 ernannt.

Betriebswirtschaft und Organisation



Christine Fuchs, Abteilungsleiterin

Das Bundesamt für Kommunikation wird zusammen mit weiteren 21 Verwaltungseinheiten der Bundesverwaltung vom Bundesrat mittels Leistungsauftrag und Globalbudget im Rahmen des Programms FLAG geführt. Im Leistungsauftrag legt der Bundesrat die strategische Ausrichtung, die Vorgaben für Wirkungen und Leistungen sowie den finanziellen Rahmen der Verwaltungseinheiten fest. Der Leistungsauftrag wird nach Konsultation der zuständigen Kommissionen von National- und Ständerat vom Bundesrat in der Regel für eine Legislaturperiode erteilt.

Ab 2012 steht eine neue Leistungsauftragsperiode bevor. Auf Basis des Wirkungs- und Leistungsberichtes zum auslaufenden BAKOM-Leistungsauftrag (2009 – 2011) wurde Anfang 2011 der Entwurf des neuen Leistungsauftrages (2012 bis 2015) erarbeitet und das Konsultationsverfahren durchgeführt. Die Koordination der Arbeiten oblagen dabei der Leitung der Abteilung Betriebswirtschaft und Organisation.

Nach erfolgreich durchgeführter Konsultation der zuständigen Kommissionen von National- und Ständerat verabschiedete der Bundesrat im Dezember den neuen Leistungsauftrag für das BAKOM. Dieser trat dann am 1. Januar 2012 in Kraft.

Im Bereich Informatik der Abteilung Betriebswirtschaft und Organisation wurde an der Erweiterung der E-Government-Anwendungen des BAKOM gearbeitet. Auf der Web-Plattform "BAKOM Online" wurden zusammen mit den verschiedenen Fachbereichen des Amtes die Online-Anwendungen für weitere Produkte und Dienstleistungen aufgeschaltet.

Zudem wurde im Finanzbereich des BAKOM (wie im gesamten Department für Umwelt Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK) nach der Einführung der elektronischen Rechnungsstellung im Vorjahr, 2011 der elektronische Kreditorenworkflow als weiterer Baustein zur Umsetzung der E-Government-Strategie des Bundesrates eingeführt.

(Siehe auch "Meldepflichtige Fernmeldedienstleister", S. 16 und "E-Government-Anwendungen im BAKOM", S. 20)

Christine Fuchs, Abteilungsleiterin

Finanzen

Erfolgsrechnung

Die Erfolgsrechnung 2011 weist einen Gesamtaufwand von 85,1 Millionen Franken aus. Dabei entfielen 69% auf den Funktionsaufwand und 31% auf den Transferaufwand. Zum Funktionsaufwand zählen der finanzwirksame Personal- und Sachaufwand des BAKOM, die Leistungsverrechnung anderer Bundesstellen sowie die nichtfinanzwirksamen Abschreibungen auf das Anlagevermögen. Der Transferaufwand umfasst die Subventionierungen im Radio- und Fernsehbereich und die Beiträge an internationale Organisationen.

Der Ertrag, der dem Rechnungsjahr 2011 zugerechnet werden kann, beträgt 54,3 Millionen Franken. Davon entfielen 44% auf den Funktionsertrag und 56% auf den Ertrag ausserhalb des Globalbudgets. Der Funktionsertrag entspricht den Verwaltungsgebühren des BAKOM. Der Ertrag ausserhalb des Globalbudgets umfasst die Funkkonzessionsgebühren (diese stellen mit 27 Millionen Franken, d.h. 89%, den grössten Teil), die Konzessionsabgaben der konzessionierten Radio- und Fernsehsender für Spezialfinanzierungen im Radio- und Fernsehbereich sowie die Erträge aus Rechtsverletzungen (Bussen und Gewinneinzüge).

Der Gesamtaufwand war 2011 um 30,8 Millionen Franken (34%) höher als der Gesamtertrag. Dabei war im Transferbereich hinsichtlich Aufwand (26,6 Mio.) und Ertrag (30,4 Mio.) ein Ertragsüberschuss zu verzeichnen. Im Funktionsbereich überstieg der Funktionsaufwand (58,3 Mio.) die Funktionserträge (Verwaltungsgebühren: 24,0 Mio.) um 34,3 Millionen Franken (59%).

Ertrag

Der Gesamtertrag fiel im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Millionen Franken tiefer aus. Dies weil es Mindereinnahmen sowohl bei den Einnahmen aus Verwaltungsgebühren (Funktionsertrag) als auch aus Funkkonzessionsgebühren (Regalgebühren, Transferbereich) gab.

Die Mindereinnahmen beim Funktionsertrag rührten grösstenteils daher, dass 2011 keine Zugangs- und Interkonkurrenzverfahren im Telekommunikationsbereich abgeschlossen und der angefallene Aufwand noch nicht in Rechnung gestellt werden konnte. Die Mindereinnahmen bei den Funkkonzessionsgebühren liegen

grösstenteils an den zurück gehenden Richtfunkkonzessionen. Der Richtfunk wird mehr und mehr durch den Einsatz der Glasfasertechnologie ersetzt. Bei den Konzessionsabgaben Radio und Fernsehen fielen die Erträge höher aus, weil die Werbeeinnahmen zugenommen haben und die von den konzessionierten Radio- und Fernsehsendern zu leistenden Abgaben gegenüber dem Vorjahr höher waren.

Aufwand

Der Gesamtaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 Millionen Franken tiefer ausgefallen.

Dabei ist der Funktionsaufwand (Globalbudget) - vor allem wegen des Teuerungsausgleichs auf den Löhnen - um rund 0,2 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Der Aufwand ausserhalb des Globalbudgets für die Subventionen war um insgesamt 0,7 Millionen Franken tiefer als im Vorjahr. Dies vor allem, weil die Beiträge an die SRG für das Ausland (minus 0,4 Mio. Franken) und die Beiträge für die Medienforschung (minus 0,4 Mio. Franken) tiefer ausfielen.

Investitionsrechnung

Die Investitionen gingen gegenüber dem Vorjahr um rund 300'000 Franken zurück. Zwei Fahrzeuge (1 Verwaltungsfahrzeug sowie 1 Nutzfahrzeug inkl. Ausbau fürs Radio Monitoring) wurden nicht wie geplant beschafft.

Betriebsrechnung (Kosten- und Leistungsrechnung)

Der Kostendeckungsgrad ist gegenüber dem Vorjahr in der Summe aller drei Produktgruppen nur geringfügig um 3% auf 40% zurückgegangen. Dies vor allem durch die geringeren Einnahmen aus Verwaltungsgebühren.

(Siehe auch "1.1. Ertrag")

Spezialfinanzierungen Radio und Fernsehen

Der Ertrag bei den Spezialfinanzierungen Radio- und Fernsehen lag 2011 um 1,6 Millionen Franken über dem Aufwand. Da die nicht verwendeten Erträge in den zweckgebundenen Fonds für die Medienforschung, neue Technologien bei der Programmverbreitung und die Programmarchivierung eingelegt werden, stieg dessen Saldo um 1,6 Millionen Franken auf 7,8 Millionen Franken.

Finanzielle Entwicklung im Zeitraum 2009-2011 (gemäss Neuem Rechnungsmodell Bund, NRM)

1. Erfolgsrechnung (Ertrag, Aufwand)	2009 (Mio. Fr.)	2010 (Mio. Fr.)	2011 (Mio. Fr.)	Abweichung zum Vor- jahr (Mio. Fr.)	%
1.1 Ertrag					
Funktionsertrag - Globalbudget	-26.3	-25.2	-24.0	-1.3	-5%
Verwaltungsgebühren	-26.0	-25.1	-23.6	-1.5	-6%
Auflösung Rückstellungen Ferien-/Überzeitguthaben	-0.3	-0.1	-0.3	0.2	224%
CO2-Abgabe	0.0	0.0	-0.1	0.1	100%
Ertrag ausserhalb Globalbudget	-33.6	-30.7	-30.4	-0.4	-1%
Funkkonzessionsgebühren	-28.9	-26.9	-25.9	-1.0	-4%
Funkkonzessionsgebühren (nicht finanzierungswirksam)	-1.1	-1.1	-1.1	0.0	0%
Erträge aus Verwaltungsstrafverfahren	-0.8	-0.6	-0.5	0.0	-7%
Konzessionsabgaben Radio und Fernsehen	-2.7	-2.2	-2.8	0.6	29%
Total Ertrag	-59.8	-56.0	-54.3	-1.7	-3%
1.2 Aufwand					
Funktionsaufwand - Globalbudget (inkl. Comcom)	57.4	58.1	58.3	0.2	0.4%
Personalaufwand (finanzierungswirksam)	41.0	41.4	41.7	0.3	1.0%
Sachaufwand (finanzierungswirksam)	6.9	5.7	6.5	0.8	13.3%
Entnahme aus zweckgebundenen Reserven	0.4	0.50	0.47	-0.03	-6.0%
Abschreibungen/Aufwand (nicht finanzierungswirksam)	1.4	1.5	1.3	-0.2	-15.8%
Leistungsverrechnung Bund	7.7	9.0	8.3	-0.6	-6.8%
Übriger Aufwand (ausserhalb Globalbudget)	0.3	0.2	0.2	0.0	0.0%
Debitorenverluste (separat seit 2011)	0.3	0.2	0.2	0.0	0.0%
Aufwand ausserhalb Globalbudget (Subventionen)	27.7	27.3	26.6	-0.7	-3%
Beiträge an Internationale Organisationen	5.1	3.8	3.7	-0.1	-2%
Beitrag Angebot SRG für das Ausland	20.0	20.5	20.1	-0.4	-2%
Ausbildung Programmschaffender	0.9	1.0	0.9	-0.1	-9%
Beitrag Medienforschung	1.0	1.4	1.1	-0.4	-25%
Neue Technologie Rundfunk	0.0	0.00	0.07	0.07	100%
Archivierung Programme	0.1	0.08	0.11	0.03	41%
Beitrag Verbreitung Programme in Bergregionen	0.6	0.5	0.6	0.1	20%
Total Aufwand	85.4	85.5	85.1	-0.4	-1%
1.3 Saldo (Ertrag + Aufwand = Finanzierungsbedarf)	25.6	29.6	30.8	1.2	4%

2. Investitionsrechnung (Einnahmen, Ausgaben) (Globalbudget)	2009 (Mio. Fr.)	2010 (Mio. Fr.)	2011 (Mio. Fr.)	Abweichung zum Vorjahr (Mio. Fr.)	%
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0%
Ausgaben	1.5	1.8	1.5	-0.3	-19%
Davon Entnahme aus zweckgebundenen Reserven	0.0	0.0	0.1	0.0	84%
Saldo (Einnahmen - Ausgaben)	1.5	1.8	1.5	-0.3	-19%

3. Betriebsrechnung (Erlöse, Kosten)	2009 (Mio. Fr.)	2010 (Mio. Fr.)	2011 (Mio. Fr.)	Abweichung zum Vorjahr (Mio. Fr.)	%
Erlöse (Verwaltungsgebühren)	-25.7	-25.1	-23.6	1.5	-6%
Kosten (inkl. kalkulatorische Zinsen und Versicherungen)	57.7	58.5	58.6	0.1	0%
Saldo (Erlöse + Kosten)	32.0	33.4	35.0	1.6	5%
Kostendeckungsgrad	45%	43%	40%		-3%

4. Spezialfinanzierungen Radio und Fernsehen	2009 (Mio. Fr.)	2010 (Mio. Fr.)	2011 (Mio. Fr.)
Konzessionsabgaben Radio- und Fernsehveranstalter			
Ertrag zweckgebunden	-2.7	-2.2	-2.8
Konzessionsabgaben Radio und Fernsehen	-2.7	-2.2	-2.8
Aufwand spezialfinanziert	1.1	1.5	1.2
Beitrag Medienforschung	1.0	1.4	1.0
Neue Technologie Rundfunk	0.0	0.0	0.1
Archivierung Programme	0.1	0.1	0.1
Einlage in den zweckgebundenen Fonds (Ende Jahr)	1.6	0.7	1.6
Saldo des zweckgebundenen Fonds (Ende Jahr)	5.5	6.2	7.8

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Anzahl

Am Stichtag 31.12.2011 hatte das BAKOM 273 Mitarbeitende (Stammpersonal – ohne Auszubildende, Praktikanten und ComCom).

Von den 273 Mitarbeitenden waren 96 (oder 35%) Frauen. Weiterhin beschäftigen wir 13 Auszubildende.

Sprachverteilung

Rund 61% der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind deutscher Muttersprache, 32% sprechen Französisch und 4% Italienisch. Andere Sprachen (Arabisch, Englisch, Laotisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch, Thailändisch) sind mit rund 3% vertreten.

Durchschnittsalter

Das Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beträgt 47 Jahre.

Auszubildende

Je zwei KV- und Mediamatik-Lernende haben ihre drei- respektive vierjährige Ausbildung im BAKOM erfolgreich abgeschlossen. Ein Lernender schloss seine Prüfung mit einem Notendurchschnitt von 5.6 als zweitbesten Mediamatiker des Kantons Bern ab.

Erstmalig betreuten wir während eines dreimonatigen Praktikums einen Elektronik-Lernenden der BAND-Genossenschaft. Die Genossenschaft setzt sich für die berufliche Integration von Menschen mit geistiger und körperlicher Beeinträchtigung ein. Die gesammelten Erfahrungen wurden von beiden Seiten als sehr positiv beurteilt.

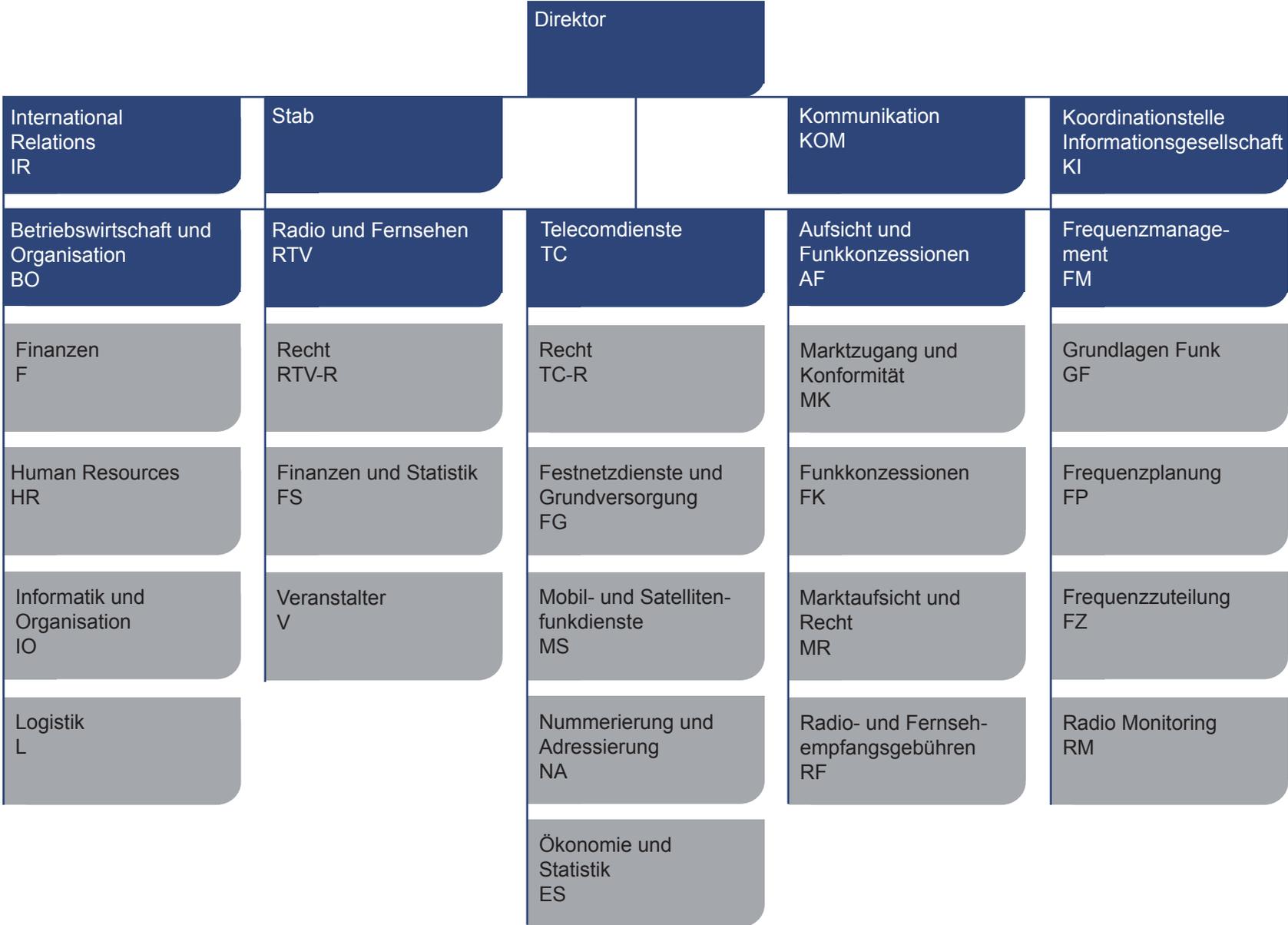
Gleichstellung

Alle BAKOM-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen die Möglichkeit haben, sich beruflich und privat optimal zu entwickeln. Wie sich gezeigt hat, sind wir auf gutem Weg: Eine Mitarbeitenden-Umfrage durch das Eidgenössische Personalamt (EPA) hat ergeben, dass sich beim BAKOM Familie und Beruf gut vereinbaren lassen. Wir freuen uns entsprechend über eine Klassierung in den "Top Ten" unter allen Verwaltungsstellen. Die erforderlichen Prozesse hat die interne Gleichstellungskommission im Jahr 2011 erneut gefördert, begleitet und auf Führungsebene thematisiert.

Geschäftsleitung

Der Geschäftsleitung des BAKOM gehören an: Dr. Martin Dumermuth, Direktor; Véronique Gigon, Stv. Direktorin und Abteilungsleiterin Aufsicht und Funkkonzessionen; Nancy Wayland Bigler, Vizedirektorin und Abteilungsleiterin Radio und Fernsehen; Philipp Metzger, Vizedirektor und Abteilungsleiter Telecomdienste; Peter Pauli, Abteilungsleiter Frequenzmanagement; Frédéric Riehl, Vizedirektor und Leiter International Relations; Christine Fuchs, Abteilungsleiterin Betriebswirtschaft und Organisation; Andreas Sutter, Stabschef; Dr. Roberto Rivola, Leiter Kommunikation.

Organigramm

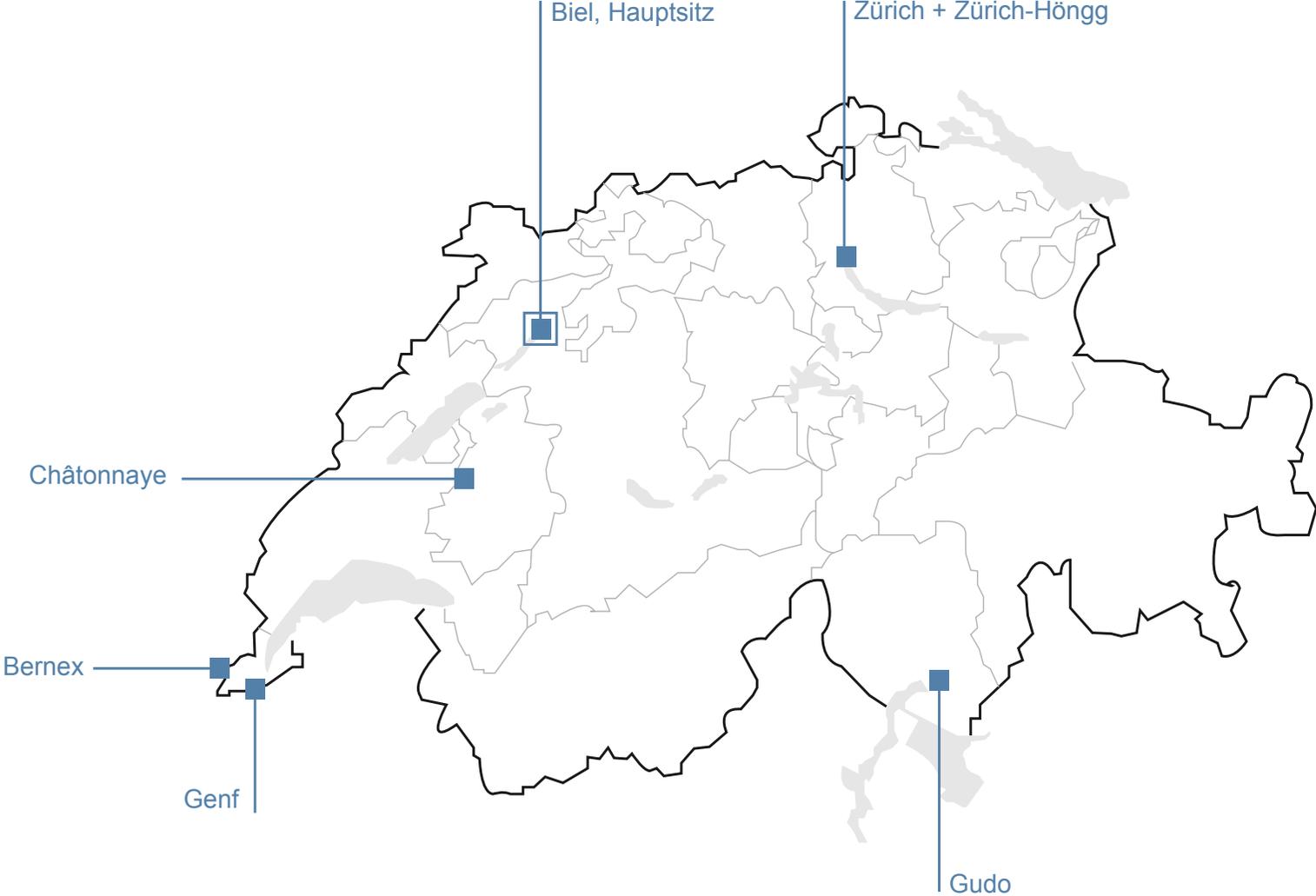


Kaderleute

Organisationseinheit	Name	Telefonnummer	Organisationseinheit	Name	Telefonnummer
		+41 32 327			+41 32 327
Direktion			Telecomdienste		
Direktor	Dr. Martin Dumermuth	5501	Vizedirektor und Leiter	Philipp Metzger	5599
Stabschef	Andreas Sutter	5503	Recht	Annalise Eggimann	5582
Leiter Kommunikation	Dr. Roberto Rivola	5650	Festnetzdienste und Grundversorgung	Armin Blum	5579
Stv. Direktorin und Leiterin Koordinationsstelle Informationsgesellschaft	Véronique Gigon	5448	Mobil- und Satellitenfunkdienste	Urs von Arx	5856
International Relations			Nummerierung und Adressierung	François Maurer	5576
Vizedirektor und Leiter der Dienste	Frédéric Riehl	5454	Ökonomie und Statistik	René Dönni	5543
Betriebswirtschaft und Organisation			Aufsicht und Funkkonzessionen		
Leiterin	Christine Fuchs	5707	Stv. Direktorin und Leiterin	Véronique Gigon	5448
Finanzen	Urs Liechi	5843	Marktzugang und Konformität	Gerhard Käser	5565
Human Resources	Brigitte Moser	5514	Funkkonzessionen	Beat Scheidegger	5830
Informatik und Organisation	Bruno Frutiger	5520	Marktaufsicht und Recht	Olivier Pauchard	5430
Logistik	Peter Lendenmann	5456	Radio- und Fernsehempfangsgebühren	Daniel Büttler	5445
Radio und Fernsehen			Frequenzmanagement		
Vizedirektorin und Leiterin	Nancy Wayland Bigler	5510	Leiter	Peter Pauli	5700
Recht	Susanne Marxer	5948	Grundlagen Funk	Daniel Vergères	5720
	Carole Winistörfner	5449	Frequenzplanung	Philippe Horisberger	5411
Finanzen und Statistik	Peter Marti	5544	Frequenzzuteilung	Konrad Vonlanthen	5583
Veranstalter	Marcel Regnotto	5535	Radio Monitoring	Silvio Rubli	5730

Standorte

Wir verfügen über Stützpunkte in der ganzen Schweiz. Damit sind wir in der Lage, unsere Kontrollfunktionen im Interesse von gut funktionierenden Märkten wahrzunehmen.



Kontakt

Sie wollen uns kontaktieren?

Wählen Sie die Telefonnummer +41 32 327 55 11 (Zentrale),
senden Sie ein Fax an +41 32 327 55 55
oder eine E-Mail an info@bakom.admin.ch.

Erreichbarkeit: Mo – Fr / 07.30 – 12.00 und 13.30 – 17.00

Postadresse

BAKOM, Postfach, CH-2501 Biel/Bienne

Webadresse

www.bakom.admin.ch

Unter www.bakom.admin.ch > [Das BAKOM](#) > [Adresse](#) oder www.bakom.admin.ch/org/adresse/index.html?lang=de
finden Sie eine Karte samt Wegbeschreibung für den Standort Zukunftstrasse 44 in Biel.